



Den demografischen Wandel gestalten.

Anregungen für die Praxis



Inhaltsverzeichnis

	Vorwort	3
A	Einleitung	5
	1. Politik für eine gute Zukunft in Sachsen – Maßnahmen der Landesregierung	7
	2. Gutes Leben vor Ort – wie Kommunen den demografischen Wandel meistern	19
B	Gute Beispiele aus Sachsen und darüber hinaus	29
	1. Abwasserzweckverband Espenhain	31
	2. Erlbach im Vogtland	35
	3. Freiwillige Feuerwehr Radibor	39
	4. Kirschauer Kunstinitiative „obART“	43
	5. Ortsnahe Versorgung in Jülich-Barmen (Nordrhein-Westfalen)	47
	6. Seniorensport in Unterrieden (Hessen)	53
C	Den demografischen Wandel aktiv gestalten: So gelingt es	57
	Vergleichstabelle Methoden und Werkzeuge	60
	1. Demografie konkret: Maßnahmen und Werkzeuge	
	1.1 Leitbildprozess und Demografiestrategie	62
	1.2 Demografiecoach / Kommunalen Demografiebeauftragter	68
	1.3 Demografietage / Themenwoche Demografie	74
	1.4 Demografiecheck	77
	1.5 Demografie-Netzwerke	82

C	2. Bürgermitwirkung konkret: Maßnahmen und Werkzeuge	
	2.1 Einfache Methoden der Bürgerbeteiligung	86
	2.2 Zukunftswerkstatt	91
	2.3 Fokusgruppen / Bürgerpanel	95
	2.4 Bürgerausstellung	99
	2.5 Bürgergutachten / Planungszelle	103
	2.6 Nachhaltige Strukturen	108
D	Nützliche Informationen	115
	1. Demografie	117
	2. Familienfreundlichkeit und Generationen	122
	3. Strategieentwicklung und Umsetzung	127
	4. Werkzeuge	131
	Impressum	133

Vorwort



Dr. Johannes Beermann

Liebe Leserin, lieber Leser,

was verbindet zwei engagierte Bürgermeister, den Geschäftsführer eines Zweckverbandes und den kreativen Kopf eines Kunstprojektes? Sie arbeiten in unterschiedlichen Regionen Sachsens, wollen die Lebensqualität der Menschen erhalten oder verbessern und berücksichtigen dabei den demografischen Wandel. Deshalb stellen wir Ihnen in diesem Handbuch die Menschen und ihre Projekte vor.

Wir fragten nach und besuchten die Aktiven in ihrem Lebens- und Arbeitsumfeld. Vier der sechs Projekte liegen in Sachsen, eines in Hessen und eines in Nordrhein-Westfalen. Alle verbindet, dass sie auf den demografischen Wandel aktiv reagieren. Mit Engagement, Zielstrebigkeit und Ausdauer erreichten sie bessere Lebensbedingungen für die Menschen vor Ort.

Ziel des Leitfadens ist es nicht, ausschließlich auf Probleme hinzuweisen, Sie mit langen Zahlenreihen zu belasten oder gar umfassende Statistiken zu präsentieren. Wir wollen Ihnen vielmehr praktische Beispiele näher bringen. Wir stellen Ihnen Menschen und Themen vor, präsentieren Projektergebnisse und möchten Sie ermuntern, Ideen zu übernehmen oder über eigene Lösungsansätze nachzudenken. Ergänzende Methoden und Instrumente finden Sie in einem eigenen Kapitel.

Die Staatsregierung hat in der Vergangenheit viele Maßnahmen zur Gestaltung des demografischen Wandels ergriffen. Stolz bin ich vor allem auf das Landesprogramm Demografie des Freistaates Sachsen. Knapp 50 Projekte sind dadurch bislang gefördert worden. Sachsen bietet damit ein konkretes Angebot für das Handeln vor Ort. Der inzwischen 3. Demografiekongress in Chemnitz zeigt, dass wir uns aktiv der Entwicklung stellen.

Wir wollen das Handbuch nach und nach um weitere Projekte, Themen und Methoden erweitern. Deshalb freue ich mich auf Ihre Reaktion. Was gefällt Ihnen, wo können wir noch besser werden? Die Mitarbeiter in der Staatskanzlei nehmen Ihre Anregungen gerne entgegen.

Abschließend wünsche ich Ihnen eine angenehme und spannende Lektüre. Ich freue mich, wenn Sie die eine oder andere Anregung für Ihre tägliche Arbeit erfahren und neue Wege beschreiten!



Dr. Johannes Beermann
Staatsminister und Chef der Staatskanzlei

Einleitung

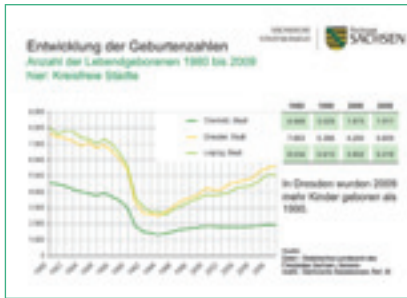


1. Politik für eine gute Zukunft in Sachsen – Maßnahmen der Landesregierung

Sachsen ist Vorreiter einer innovativen Demografiepolitik

Der Freistaat Sachsen ist in Deutschland ein Vorreiter der politischen Gestaltung des demografischen Wandels. Die prognostizierte Bevölkerungsentwicklung wurde früh als Thema für die Zukunftsfähigkeit des Landes, seiner Städte und Gemeinden identifiziert. Zu einer breiten Wissens- und Sensibilisierungsbasis trugen u. a. Demografiekongresse, eine Expertenkommission und die Enquetekommission „Demografischer Wandel“ des Sächsischen Landtags sowie die ressortübergreifende Zusammenarbeit bei. Mit der Förderrichtlinie Demografie können zielgerichtet regionale Strategien entworfen werden. Die Grundlage für die Gestaltung des demografischen Wandels durch die Staatsregierung bildet ein landeseigenes Handlungskonzept.

Demografiepolitik ist Chefsache – das gilt in der Landespolitik genauso wie in Kommunen oder Unternehmen. Wenn sie erfolgreich sein soll, muss sie über reine Familienpolitik hinausgehen und eine Vielzahl von Fachpolitiken einbeziehen. Dazu ist eine effektive Koordinierung und Steuerung nötig, die innerhalb der Staatsregierung von der Staatskanzlei geleistet wird. Das Thema Demografie erfordert eine besondere Kommunikation, die bei Verantwortlichen und bei den Bürgern nicht zu Zukunftsängsten führen darf, sondern die Chancen in den Mittelpunkt stellt. Wir haben es nicht mit einem unausweichlichen Schicksal zu tun. Der demografische Wandel bedarf vielmehr der aktiven Gestaltung.



Entwicklung der Geburtenzahlen in Sachsen

Der demografische Wandel in Sachsen

Drei Aspekte prägen den demografischen Wandel in Sachsen:

- Abnahme der Bevölkerung

Der anhaltende und langfristige Trend der Bevölkerungsabnahme resultiert daraus, dass die Geburtenrate im Verhältnis zu den Sterbefällen zu gering ausfällt. Die Bevölkerung nimmt auch ab, weil mehr Menschen aus Sachsen abwandern als zuwandern. Der Faktor Abwanderung hat jedoch einen weniger großen Einfluss im Vergleich zur natürlichen Bevölkerungsbewegung.

- Alterung der Bevölkerung

Da weniger Kinder geboren werden, während gleichzeitig die durchschnittliche Lebenserwartung steigt, verschieben sich die Altersstrukturen. Eine alternde Gesellschaft mit einem hohen Anteil alter und sehr alter Menschen ist die Folge.

- räumlich ungleiche Entwicklung

Die sächsischen Regionen und Gemeinden sind zeitlich und räumlich ungleich von dieser Entwicklung betroffen.

Ein Blick auf die Demografiefpolitik der letzten Jahre

Anpassung und Konsolidierung

Seit Ende der 1990-er Jahre existieren bereits vielfältige ressortbezogene Antworten auf die Herausforderungen des demografischen Wandels. Einen Schwerpunkt bildeten dabei die Handlungsfelder des Stadtumbaus, der Gebietsneugliederung und der Anpassung der öffentlichen Infrastruktur an die Folgen von Bevölkerungsrückgang und Überalterung. Gerade in den Anfängen

der aktiven Auseinandersetzung mit den Folgen des demografischen Wandels wurde häufig die Option „Anpassung“ an das bereits eingetretene und sich abzeichnende Sinken der Bevölkerungszahl gewählt. In der Folge kam es z. B. zu Schulschließungen oder dem Rückbau von leerstehenden Wohnungen.

Diese Politik war nicht etwa ein fantasieloses Ausliefern an Rahmenbedingungen, die als nicht gestaltbar begriffen wurden. Der Antrieb zu den umfangreichen Anpassungsmaßnahmen bestand vielmehr darin, die Zukunftsfähigkeit zu sichern und Gestaltungsräume zu eröffnen. Nirgendwo wird das so deutlich wie in der Haushaltspolitik. Sachsen verfolgt den Grundsatz, die Pro-Kopf-Verschuldung konstant zu halten. Angesichts einer zurückgehenden Bevölkerung bedeutet dies, netto Schulden zu tilgen. Der Freistaat Sachsen setzt diesen Grundsatz seit 2006 um. Dies ist ein wesentliches Merkmal einer nachhaltigen und generationengerechten Haushaltspolitik.

Chancen erkennen und den demografischen Wandel gestalten

Nach der Anpassungsphase gewann neben sektoralen und effizienzorientierten Entscheidungen die ressortübergreifende Strategieentwicklung an Bedeutung, da der demografische Wandel in vielen Bereichen der Stadt- und Regionalentwicklung eine Neuorientierung erfordert. Angesichts knapper werdender finanzieller Spielräume wird es in Zukunft nicht mehr möglich sein, alle Funktionen flächendeckend vorzuhalten. Anpassungsstrategien als reine „Mengenanpassung“ an den demografischen Wandel müssen deshalb zunehmend durch Innovationen wie z. B. neue Dienstleistungsangebote oder neue Engagement- und Organisationsformen ersetzt werden.

Die aktive Gestaltung des demografischen Wandels erfordert einerseits neue und unkonventionelle Strategien und Methoden und andererseits ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Anpassung und innovativer Gegensteuerung. Eine innovative Gegensteuerung kann gelingen, wenn sich die Kreativität der Menschen vor Ort entfalten kann. Deshalb haben innovative Ideen der

Menschen vor Ort einen hohen Stellenwert in der Demografiepolitik des Landes, denn es geht darum, Zukunftsperspektiven zu entwickeln, die auf die jeweils besonderen Bedingungen der Kommunen angepasst sind.

Maßnahmenbündel in verschiedenen Handlungsbereichen

Eine Vielzahl an Aktivitäten der Staatsregierung bei der Gestaltung des demografischen Wandels bestehen bereits. Beispielhaft sollen hier einige Initiativen, Förderrichtlinien und Vorhaben der Landesverwaltung genannt werden:

Wettbewerbe / Auszeichnungen

„Allianz für Familien“ (www.familie.sachsen.de/Allianz-fuer-Familien.html)

„SaxPlus“ – Auszeichnung für familienfreundliche Unternehmen (www.saxplus.sachsen.de)

„Ab in die Mitte“ – Cityoffensive Sachsen (www.abindiemitte-sachsen.de)

Veranstaltungen / Aktionen

„Pack Dein Studium“ (www.pack-dein-studium.de)

Sächsischer Familien- und Seniorentag (www.familientag.sachsen.de)

Fachkräfteinitiative „ProfiSachs“ (www.profisachs.de)

Sächsisches Unternehmensnachfolgeportal (www.unternehmensnachfolge.sachsen.de)

Untersuchungen und Handreichungen

Leitfaden Demografierelevanz im ländlichen Raum (www.smul.sachsen.de/laendlicher_raum/2125.htm)

Studie: Alternative Bedienformen des öffentlichen Personennahverkehrs in Sachsen
(www.smul.sachsen.de/laendlicher_raum/download/Alternative_Bedienungsformen_OePNV_Sachsen.pdf)

Familienratgeber

Handlungsleitfaden „Betrieblich unterstützte Kinderbetreuung“

Förderrichtlinien

„Kinderwunschbehandlung“ (www.familie.sachsen.de)

„Gesundheitsvorsorge und Gesundheitshilfe“ (www.gesunde.sachsen.de/110.html)

Familienförderung / Familienbildung (www.sachsen-gesetze.de)

Förderung des bürgerschaftlichen Engagements „Wir für Sachsen“ (www.wir-fuer-sachsen.de)

„Mehrgenerationenwohnen“ (www.bauen-wohnen.sachsen.de/8155.htm)

„Stadtentwicklung“ (www.bauen-wohnen.sachsen.de/670.htm)

„Integrierte Ländliche Entwicklung“ (u. a. für Breitbandverbindungen) (www.smul.sachsen.de/foerderung/85.htm)

Errichtung von Kleinkläranlagen (www.umwelt.sachsen.de/foerderung/344.htm)

„Förderrichtlinie Demografie“ (www.demografie.sachsen.de)

sonstige Förderungen / Unterstützungsleistungen

„Studienbeihilfe für Mediziner“ (www.kvs-sachsen.de/aktuell/foerderungen/programm-studienbeihilfe)

„Pflegetz Sachsen“ (www.pflegetz.sachsen.de)

„Soziale Integration – Alltagsbegleitung für Senioren“ (www.sab.sachsen.de)

„Carus Consilium Sachsen – Gesundheitsregion mit Zukunft“ (www.carusconsilium.de)

„Camp+Sachsen“ – Lerncamps für versetzungsgefährdete Schüler
(www.sachsen-macht-schule.de/schule/6963.htm)

„Ehrenamtskarte“ (www.ehrenamt.sachsen.de)

Verwaltungshandeln

„Sächsischer Innovationsbeirat“ (www.smwa.sachsen.de/de/Innovation/Saechsischer_Innovationsbeirat/153020.html)

Unterstützung freiwilliger Gemeindegemeinschaften (www.smi.sachsen.de)

Fortschreibung des Landesentwicklungsplanes 2003 (www.landesentwicklung.sachsen.de)

„Generationenfonds“ (www.finanzen.sachsen.de/991.html)

Staatsmodernisierung (www.justiz.sachsen.de)

Mobilisierung und Kreativität entfalten

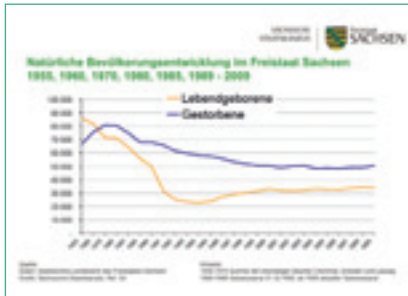
Kommunen, Unternehmen und Zivilgesellschaft können gemeinsam viel bewegen, das zeigen zahlreiche Initiativen, die in den letzten Jahren gefördert worden sind. Seitdem im Jahr 2007 von der Staatsregierung die Förderrichtlinie Demografie beschlossen wurde, besteht für einen breiten Akteurskreis (Kommunen, Vereine, Verbände, Kirchen, Hochschulen u. a.) die Möglichkeit, eine Förderung für Demografieprojekte zu beantragen. Ziel der Förderrichtlinie ist es, eine aktive und zukunftsorientierte Auseinandersetzung mit den Folgen des demografischen Wandels zu unterstützen. Durch die sehr heterogenen Ausprägungen des demografischen Wandels und die z. T. kleinräumigen Unterschiede sind die Zuwendungsgegenstände relativ weit gefasst und umfassen:

- Die Erarbeitung, Vertiefung und Anpassung von regionalen oder lokalen konzeptionellen Strategien und Szenarien zur Bewältigung der Folgen des demografischen Wandels
- Die Durchführung von regionalen Innovationswettbewerben zur Neuorganisation der Daseinsvorsorge
- Projekte des bürgerschaftlichen Engagements, der Netzwerkarbeit und des Informationsaustausches regionaler Akteure
- Die Erarbeitung konzeptioneller Grundlagen und Projekte, die dem Aufbau mobiler Grundversorgung oder die dem Aufbau und der Einführung von „rollenden“ Verwaltungsdienstleistungen in dünn besiedelten Räumen dienen
- Forschungs-, Moderations- und Coachingmaßnahmen im Rahmen innovativer Fachkonzepte für die regionale Anpassung an die demografische Entwicklung
- Lokale Pilotprojekte zur arbeitsteiligen Wahrnehmung öffentlicher Dienstleistungen von Gemeinden
- Die Erarbeitung konzeptioneller Grundlagen zur Optimierung von Infrastrukturnetzen und der Siedlungsstruktur in Folge des Rückzugs privater oder öffentlicher Infrastrukturanbieter

- Die Erarbeitung konzeptioneller Grundlagen für den Aufbau generationsübergreifender oder multifunktionaler Nutzungs- und Organisationsformen im öffentlichen Bereich

Ebenso wie die Inhalte einzelner Projekte zur Gestaltung des demografischen Wandels sind die Güte von Kooperationsklima und -kultur, z. B. in einer Gemeinde, ein zentraler Stellhebel für den Erfolg von Lösungsstrategien. Es geht vor allem darum, vorhandene Denkmuster, Verhaltensweisen und Organisationsformen zu ändern und bei Bürgern, Unternehmern und Verwaltung eine neue, auf Kooperation ausgerichtete Engagementkultur zu aktivieren. Erfahrungen belegen, dass vor allem die gemeinsame öffentlich-private projektorientierte Arbeit den solidarischen Zusammenhalt in der Gesellschaft fördert.

Die ständigen Veränderungen in der Gesellschaft, neue Herausforderungen sowie der Wunsch nach mehr Beteiligung, Mitwirkung und Mitbestimmung in Kommunen erfordern ein ganzes Arsenal von Methoden zur Mobilisierung, Ideenentwicklung und Entscheidungsfindung sowie zur Stärkung des Engagements von Bürgern, Unternehmern und Verwaltung, der Zusammenarbeit und der Projektrealisierung in Teams, Gruppen und Organisationen. Bei der Mobilisierung von Bürger-, Unternehmer und Verwaltungsengagement sind insbesondere auch sozialpsychologische und kommunikative Besonderheiten zu berücksichtigen. Die üblicherweise praktizierten Arbeitsformen, z. B. Arbeitskreise und zeitweilige Projektgruppen mit den klassischen methodischen Herangehensweisen, reichen nicht aus, um dem Wunsch nach mehr Partizipation und effektivem Projektmanagement in den Kommunen gerecht zu werden. Neue Beteiligungsmethoden wie Fokusgruppen, Kognitiver Stadtplan, Bürgergutachten, Unternehmergeutachten, Senioren-Scouts oder das World-Cafe haben in den unterschiedlichen Demografieprojekten Engagement und Kreativität der Beteiligten freigesetzt.



Demografische Entwicklung in Sachsen

Mit dem Handlungskonzept Demografie gut gewappnet in die Zukunft

Der Freistaat Sachsen hat in der Vergangenheit die Herausforderung des demografischen Wandels mit einem breiten Mix an Maßnahmen angenommen. Im April 2010 hat die Staatsregierung ein Handlungskonzept beschlossen. Es lenkt den Fokus noch stärker auf die Chancen innerhalb des Veränderungsprozesses, weil eine aktive und vorausschauende Auseinandersetzung mit den Konsequenzen des demografischen Wandels alternativlos ist.

Demografische Entwicklung bis 2030

Das Handlungskonzept Demografie arbeitet mit einem Zeithorizont von 20 Jahren. In diesem Zeitraum wird die demografische Entwicklung in Sachsen von folgenden Trends bestimmt werden:

- Von 2000 bis 2020: eine deutliche Alterung der Gesamtbevölkerung (Verdopplung der über 80-Jährigen, Rückgang der 15- bis 25-Jährigen um 50 Prozent)
- Von 2020 bis 2030: eine neuerliche deutliche Abnahme der unter 15-Jährigen und eine deutliche Zunahme der über 65-Jährigen
- Eine kontinuierliche Abnahme der Personen im erwerbsfähigen Alter
- Abnahme der Bevölkerungsdichte besonders in ländlich-peripheren Räumen
- Eine weitere Verfestigung des Männerüberhangs insbesondere in der Altersgruppe 18 bis 35 Jahre.
- Eine weitere Zunahme der Lebenserwartung
- Eine regional ungleiche Alterung und Schrumpfung der Bevölkerung
- Die Fortsetzung des Konzentrationsprozesses von Bevölkerung und Infrastruktureinrichtungen zugunsten wirtschaftsstarker Zentren in Sachsen
- Eine deutliche Prävalenz der Älteren gegenüber den Jungen
- Eine längere aktive Lebenszeit
- Ein Vier-Generationen-Lebenszyklus

Handlungskonzept Demografie*

Mit dem Handlungskonzept Demografie existiert eine gemeinsame Orientierung über längerfristige Entwicklungsziele und vorrangige Aufgaben, die ressortübergreifend zu lösen sind. Es lässt den fachlich zuständigen Ressorts inhaltliche und zeitliche Spielräume, nach den geeigneten Lösungen im Dialogprozess zwischen den Ministerien und weiteren Partnern, wie z. B. den kommunalen Spitzenverbänden, zu suchen.

Das Handlungskonzept knüpft an die bisherige Demografiepolitik an, weil der Umgang mit den Folgen des demografischen Wandels als Querschnittsthema verankert und das Zusammenwirken der Ressorts weiter optimiert wird. Mit der Setzung inhaltlicher Schwerpunkte – wie z. B. dem Umgang mit Alterungsprozessen und der Daseinsvorsorge im ländlichen Raum – und der Vorbereitung auf „Systemsprünge“ bzw. Paradigmenwechsel in einzelnen ressortübergreifenden Handlungserfordernissen (z. B. ÖPNV) geht das Handlungskonzept noch einen Schritt weiter.

Grundlage des strategischen Umgangs mit dem demografischen Wandel ist der klassische Strategiezyklus, der vom Erkennen der Aufgabe beziehungsweise der Herausforderungen bis zur Wirkungsanalyse der eingeleiteten Maßnahmen reicht.

Ziel	Entwicklungsleitbild mit Benchmarks für 2030 (WOHIN)
Spielregeln	Leitsätze (WIE)
Gegenstand	Strategische Ziele (WAS)
Aktionen	Handlungsprogramm (WER, WANN, ...)

*Das Handlungskonzept ist unter www.demografie.sachsen.de (Wandel als Chance/Sachsen handelt) abrufbar.

Im Handlungskonzept Demografie stehen sieben strategische Ziele im Mittelpunkt:

Bedingungen für Beschäftigung und Einkommen verbessern

Dazu gehören als demografisch relevante Themen die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Fachkräftesicherung für Industrie und Handwerk sowie die Förderung zukunftsträchtiger Branchen wie wissensbasierte Dienstleistungen, Gesundheitswirtschaft oder Tourismus.

Lebenslanges Lernen und Innovationsfähigkeit befördern

Hier wird der gesamte Bildungszyklus im Lebenslauf von der frühkindlichen Bildung an in den Blick genommen. Auch Schulentwicklung, Bildungsabschlüsse, Weiterbildung und Qualifizierung sowie soziale und interkulturelle Bildungskompetenz gehören dazu. Bildung, das zeigt sich durch die Zuordnung der Förderung von Forschung und Entwicklung zu diesem strategischen Ziel, dient der Förderung der Innovationsfähigkeit und damit letztlich dazu, die Bedingungen für Beschäftigung und Einkommen zu erhöhen.

Regionale Daseinsvorsorge sichern

Der demografische Wandel ist keine abstrakte Größe. Er hat Konsequenzen im täglichen Leben. Daher ist es ein wichtiges strategisches Ziel, die regionale Daseinsvorsorge, die dieses tägliche Leben sichert, zu erhalten, auch wenn dafür andere Lösungen als bisher gefunden werden müssen (z. B. mobile Angebote). Das betrifft die Schullandschaft, die medizinische Versorgung, Altenhilfe, Pflegedienste, Behindertenhilfe, Brandschutz und Rettungswesen, öffentliche Sicherheit und Ordnung, Verwaltungsdienstleistungen, schnellen Internetzugang, Verkehrsanbindung, ÖPNV, kulturelle Infrastruktur u. a. m.

Generationenübergreifendes Miteinander verstetigen

Eine aktive Bürgerschaft ist ein starker Partner bei der Bewältigung des demografischen Wandels, deswegen werden das Ehrenamt und die aktive Bürgerbeteiligung unterstützt. Als Gegengewicht zur Alterung der Gesellschaft gehören der Generationendialog und finanzielle Nachhaltigkeit zu den Unterpunkten dieses strategischen Ziels.

Umbau der Siedlungs- und Versorgungsstruktur fortsetzen

Stadt- und Dorfbau sollen fortgesetzt werden, wobei die Beseitigung des Funktionsverlusts von Gebäuden, das generationengerechte Wohnen und die Sicherung der Ver- und Entsorgung Kernthemen sind.

Chancen des aktiven Alterns nutzen

Ein Haupttrend der Bevölkerungsprognose bis 2030 betrifft die Alterung der Gesellschaft. Darauf reagiert dieses strategische Ziel, das bewusst die Chancen des aktiven Alterns in den Mittelpunkt stellt und dazu die Ansatzpunkte wie Alterseinkommen, Altern in Gesundheit, Seniorenwirtschaft und bürgerschaftliches Engagement formuliert.

Moderne, zukunftsfähige Verwaltung schaffen

Die Steigerung der Verwaltungseffizienz ist eine Daueraufgabe, die im Handlungskonzept mit den Stichworten Durchführung einer umfassenden Aufgaben-, Ausgaben- und Strukturkritik, Beschränkung auf Kernaufgaben, Einbeziehung von Privaten, hohe Servicequalität und zunehmende Digitalisierung umschrieben ist.

Zur Umsetzung der strategischen Ziele ist für die laufende Legislaturperiode ein Acht-Punkte-Handlungsprogramm mit konkreten Vorhaben vorgesehen:

Handlungsprogramm

- Ressortübergreifende Lösungsvorschläge zu den sieben strategischen Zielen erarbeiten (wer, wann, was)
- Demografietest einführen
- E-Government ausbauen
- Strategische Planungsinstrumente weiterentwickeln
- Weltoffenheit Sachsens etablieren
- Kommunen unterstützen
- Modellregionen gestalten

Die Auswirkungen des demografischen Wandels verändern in vielfältiger Weise das Zusammenleben in unserer Gesellschaft. Der Freistaat Sachsen hat sich dieses Dauerthemas frühzeitig angenommen und hat u. a. mit dem Handlungskonzept ein Grundlagenpapier verabschiedet. Auch innerhalb des anvisierten Betrachtungshorizonts von zwanzig Jahren werden neue fachspezifische Konzepte und Lösungen erforderlich, und auch das Handlungskonzept wird fortgeschrieben werden müssen, um auf Veränderungen zu reagieren. Demografie ist eine Herausforderung, kein Angstthema: Wer sich frühzeitig damit auseinandersetzt und gezielt nach Chancen und Handlungsansätzen sucht, kann die Zukunft mitgestalten. Der vorliegende Leitfaden bietet dafür vielfältige Anregungen.

2. Gutes Leben vor Ort

Wie Kommunen den demografischen Wandel meistern

Jede Stadt hat Zukunftsperspektiven

Viele Städte und Gemeinden Sachsens arbeiten daran, die Lebensqualität vor Ort zu erhalten oder aufzuwerten, indem sie die Chancen, die der demografische Wandel bietet, innovativ nutzen. Zukunftsoptimismus und Kreativität der Bürger prägen die Entwicklung kommunaler Zukunftsperspektiven. Diese Prozesse werden von der Landesregierung unterstützt, z. B. durch die Förderlinie Demografie.

Soviel ist sicher: Gutes Leben vor Ort ist auch unter veränderten demografischen Rahmenbedingungen möglich. Ein Patentrezept dafür gibt es freilich nicht. Dazu sind die konkreten Bedingungen zu unterschiedlich. Die geografische Lage, besondere Herausforderungen oder auch Chancen des Arbeitsmarktes, das Potenzial der Bürger, die historisch gewachsene Identität – all dies und noch viel mehr macht jede Kommune besonders und einzigartig. Und so muss jede auch ihren eigenen Weg in die Zukunft finden.

Orientierung dabei bieten die kommunalen Demografiestrategien, die in Pionierarbeit entwickelt worden sind und zum Nachmachen und Weiterentwickeln anregen sollen. Tragende Elemente dieser Strategien, die immer wieder anders ausgestaltet und kombiniert vorkommen, sind:

- Zusammenarbeit von Kommunen
- Demografiekonzept als Basis der Arbeit
- Netzwerke und Kooperationen
- Kommunikation zur Stärkung von Identität und Image
- Aktivierung der Bürger

An zwei Beispielen mit ganz unterschiedlicher Ausgangslage und Akteurskonstellation soll hier gezeigt werden, wie Kommunen die Folgen des demografischen Wandels bewältigen und Zukunftsvorhaben entwickeln. Dazu braucht man Mut, einen langen Atem, Zielstrebigkeit und manchmal auch einen, der von außen auf die Kommune blickt und sie bei Veränderungsprozessen unterstützt. Die Kommunen Rochlitz, Geithain, Kohren-Sahlis und Wechselburg stehen für den strategischen Schwerpunkt interkommunale Zusammenarbeit, während am Beispiel von Ebersbach / Sa. in der südlichen Oberlausitz gezeigt wird, wie ein übergreifendes Demografie- und Kommunikationskonzept das Fundament für eine nachhaltige positive Entwicklung der Stadt bildet.

Ein Beispiel für interkommunale Kooperation als Demografiestrategie

Die mittelsächsische Region, in der die Kleinstädte Rochlitz, Geithain und Kohren-Sahlis sowie die Gemeinde Wechselburg liegen, ist so stark vom Bevölkerungsrückgang betroffen, dass sich bestimmte Aufgaben zukünftig nur noch gemeinsam lösen lassen. Aus diesem Grunde sind die vier Kommunen eine Demografie- und Innovationspartnerschaft eingegangen.

Jede der teilnehmenden Kommunen hat sich ein demografisches Handlungsfeld als Themenschwerpunkt gesetzt:



Die vier Orte stehen für Innovationen

Rochlitz:

55 plus-aktiv mit Seniorenwirtschaft, das etwas andere Mehrgenerationenhaus, Stadtimage im demografischen Wandel, bürgerfreundliche Verwaltung, aktives Stadtzentrum, Kulturangebote im demografischen Wandel

Geithain:

Jugendfreundliche Stadt, aktives Stadtzentrum und Unternehmensbeteiligung, Bildung als Standortchance

Kohren-Sahlis:

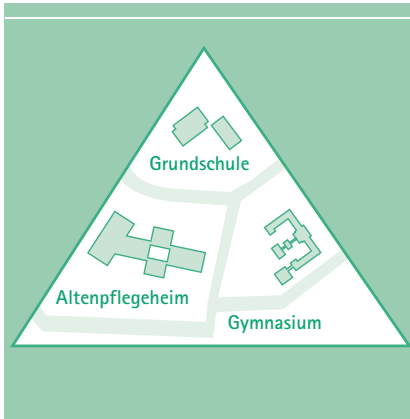
Familienfreundliche Angebotsstrukturen, Vereinsmanagement im demografischen Wandel, Bürgerbeteiligung, Tradition und Handwerk

Wechselburg:

Tourismuschancen im demografischen Wandel

Jede der beteiligten Kommunen entwickelt schwerpunktmäßig in einem demografischen Handlungsfeld Lösungsansätze und Projekte und lässt die Partner daran teilhaben. Die Ergebnisse werden sowohl in den Kommunen als auch in einem speziellen Erfahrungsaustausch zwischen den Kommunen diskutiert und auf ihren Nutzen und ihre Übertragbarkeit hin überprüft.

Unter dem Gesichtspunkt der strategischen Auseinandersetzung mit dem demografischen Wandel sind die Impulse, die für eine nötige Veränderungskultur gesetzt werden, noch wichtiger als die Einzelprojekte, die die Lebensqualität vor Ort steigern. Mit der Erfahrung gegenseitigen Nutzens und dem Aufbau tragfähiger persönlicher Beziehungen wird eine Grundlage für eine intensivere interkommunale Zusammenarbeit gelegt.



Die ganze Stadt als Mehrgenerationenhaus

Durch das moderierte kommunikative Verfahren lernen sich die Entscheidungsträger sowie die unterschiedlichsten Akteure der vier beteiligten Gemeinden kennen und können zu einer vertrauensvollen Zusammenarbeit finden, die sogar über Landkreisgrenzen hinweg geht. Dabei ist die Erfahrung elementar, dass sich bei einer Zusammenarbeit mit anderen Städten und Gemeinden ein gegenseitiger Nutzen realisieren lässt, wo zuvor eher konkurrierende Interessen wahrgenommen wurden. Innovativ und beispielhaft ist an der zwischen Rochlitz, Geithain, Kohren-Sahlis und Wechselburg praktizierten Demografie- und Innovationspartnerschaft die interkommunale Arbeitsteilung bei der Standortentwicklung, aus der sich auch Anknüpfungspunkte für eine darüber hinaus reichende Zusammenarbeit bei der Daseinsvorsorge ergeben.

Als zentralen Standortfaktor hat die Demografiepartnerschaft Qualität und Service identifiziert. Das betrifft Angebote in allen Bereichen – von der Verwaltung über den Tourismus bis zu Einzelhandel, Dienstleistung und den Sozialbereich. Sich hier zu spezialisieren, Nischen zu entdecken und damit die Lebensqualität und Attraktivität der Städte und ihre Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern, sind ein entscheidender Wettbewerbsvorteil, und es lassen sich neue Chancen gegen Bevölkerungsschwund und Abwanderung und für Zuwanderung entdecken.

Die in der Demografiepartnerschaft verbundenen Städte und Gemeinden werden gecoacht, d. h. neben einer Strategieberatung werden die Netzwerktreffen, an denen die Bürgermeister und weitere Verwaltungsmitarbeiter teilnehmen, ebenso moderiert wie die unterschiedlichen Bürgerbeteiligungsverfahren in den einzelnen Gemeinden.

Neben der interkommunalen Zusammenarbeit wurde in der Demografie- und Innovationspartnerschaft als zweiter strategischer Hauptstrang die Aktivierung der Bürgerinnen und Bürger verfolgt. Dazu wurden neue Formen von Bürgerbeteiligung wie Bürgergutachten, einzelne Fokusgruppen, fotografische Stadtbegehungen und Ideenwerkstätten durchgeführt.

Ein Beispiel für eine konzeptbasierte Demografiestrategie

Die Stadt Ebersbach / Sa., im Landkreis Görlitz an der Grenze zur Tschechischen Republik gelegen, hat ein übergreifendes Demografie- und Kommunikationskonzept entwickelt, das Kommunikations-, Anpassungs- und Innovationsmaßnahmen umfasst, mit denen auf den tief greifenden Wandel in der ostsächsischen Stadt und ihrem Umland flexibel reagiert werden kann. Von Anfang an stand dabei eine Doppelstrategie von Anpassen und Gegensteuern im Mittelpunkt. In Ebersbach bedeutete das vor allem, gezielt kommunale Wirtschaftsperspektiven und neue Standortchancen zu entwickeln. Gleichzeitig sollte über die Erprobung neuer Formen zur Mobilisierung von Bürgerschaft, Unternehmern und Verwaltung eine neue Engagementkultur in der Stadt befördert werden. Der dritte Schwerpunkt bestand in der Entwicklung und Umsetzung einer Kommunikationsstrategie einer Stadt im Aufbruch und Wandel. Im Mittelpunkt standen dabei Projekte zur Stärkung der Stadtidentität und zur Verbesserung des Stadtimages, um dem bestehenden Negativ-Bild etwas entgegen zu setzen und auch das Selbstwertgefühl der Bürger positiv zu beeinflussen. Und schließlich sollten in Ebersbach auch neue Formen für ein vorausschauendes und umsetzungsorientiertes Demografie-Management erprobt werden.

Mit einem „Aktionsteam Demografie“, in dem Vertreter der Verwaltung, Unternehmer, Institutionen, Vereine, Interessengruppen sowie engagierte Bürger mitarbeiteten, wurde das Demografie- und Kommunikationskonzept entwickelt.

Folgende Themenfelder stehen im Mittelpunkt:

- Strategisches Management: Strategische Ziele und Handlungserfordernisse für eine Stadt im (demografischen) Wandel
- Aktive Innenstadt – die grenzüberschreitende Dienstleistungsachse



- Schule und Stadtgesellschaft
- Stadtidentität stärken – Stadtimage verbessern
- Die Generationen-Miteinander-Stadt
- Demografiepartnerschaft durch interkommunale und grenzüberschreitende Arbeitsteilung mit Neugersdorf, Rumburk und Jirikow
- Aufbau eines Demografie-Managements

Mit innovativen Beteiligungsmethoden wie Bürgergutachten und Fokusgruppen wurden Jugendliche und Senioren aktiv in den Prozess der chancenorientierten Zukunftsgestaltung einbezogen. Eine Standortgemeinschaft „Aktive Innenstadt – grenzüberschreitende Dienstleistungsmeile“ entwickelte Projekte zur Re-Urbanisierung der Kernstadt von Ebersbach. Dazu gehören z. B. unterschiedliche Projekte in den Projektfamilien „Laden-Leerstandsmanagement“, „Neue Nutzungsstrukturen durch Angebotskopplungen“, „Märkte und Aktionen als Anziehungspunkte“, „Grenzüberschreitende Angebote“.



Onlinepräsentation „Zukunftschancen im demografischen Wandel“

Besonders intensiv wurden Projekte zur Stärkung der Stadtidentität entwickelt und umgesetzt. Dazu zählten auch eine Bürger- und Imagebefragung sowie der Wettbewerb „Ich entdecke meine Stadt“. Die Beiträge dieses grenzüberschreitenden Wettbewerbs dokumentieren mit ihren originellen Beiträgen, womit sich junge Leute in Ebersbach / Sa. sowie in den Nachbarorten wirklich identifizieren.

Zur Umsetzung der inzwischen mehr als 20 einzelnen Projekte wurden in Ebersbach / Sa. auch neue Instrumente für ein vorausschauendes und umsetzungsorientiertes Demografie-Management entwickelt und erprobt. Dazu gehört der Einsatz einer Demografie-Managerin sowie ein maßgeschneidertes externes Demografie-Coaching für die Stadt. Die Demografie-Managerin setzt die Ideen und Projekte der einzelnen Arbeitsgremien um.

Das Büro der Demografie-Managerin befindet sich in einem ehemals leer stehenden Geschäft in der Bahnhofstraße. Der Name „Drehpunkt“ ist Programm: Hier ist der Kommunikationsort und die Schaltstelle von Ideen, Interessengruppen, neuen Kooperationen und Projekten.

Übertragbare Erfolgsfaktoren

Die Projekte „Demografie- und Innovationspartnerschaft Rochlitz, Geithain, Kohren-Sahlis und Wechselburg“ sowie „Demografie- und Kommunikationskonzept in Ebersbach / Sa.“ zeigen exemplarisch, wie Kommunen die Herausforderung des demografischen Wandels annehmen und eine ihrer Situation angemessene Form der Strategie entwickeln. Städte und Gemeinden, die es ihnen gleich tun wollen, können aus Erfahrungen nur lernen. Dazu gehören nicht nur die dargestellten übergreifenden, strategischen Ansätze, sondern auch einzelne Erfolgsfaktoren, die unter den Stichworten Kommunikation, Netzwerke, Bürgerbeteiligung, Management sowie Konzepte und Projekte zusammengefasst werden können.

Kommunikation

Kommunikation ist ein so wichtiges Thema im Rahmen demografischer Strategien, weil die Wahrnehmung von Lebensqualität auch immer abhängt von Selbstwahrnehmung und Image einer Stadt und ihrer Bewohner. Die Erfolgsfaktoren, die sich aus den dargestellten Projekten ableiten lassen, lauten:

- Erfolge sichtbar machen
- Lust auf Zukunft organisieren
- Erfolgreiche Projekte kommunizieren

Netzwerke

Auch eine ausgesprochen optimistische Kommunikationsstrategie schafft die unzweifelhaft tiefgreifenden Folgen des demografischen Wandels nicht aus der Welt. Wer sich Partner sucht, hat es leichter, die Lebensqualität vor Ort zu erhalten.

Die Empfehlungen lauten:

- Mit Nachbarkommunen Verantwortungsgemeinschaft im demografischen Wandel bilden
- Von anderen Kommunen lernen - Erfahrungsaustausch organisieren
- Innovative Netzwerkstrukturen erproben
- Neue Kommunikationsformen testen
- Kontinuierlichen Ideen- und Erfahrungsaustausch gewährleisten
- Mit anderen Netzwerken Erfahrungen austauschen

Bürgerbeteiligung

Kommunale Strategien zur Bewältigung der Folgen des demografischen Wandels sind immer auf aktive und engagierte Bürgerinnen und Bürger angewiesen.

Die Erfolgsfaktoren, die sich aus den dargestellten Projekten ableiten lassen, lauten:

- Neue Beteiligungsformen erproben
- Bürger, Unternehmer und Verwaltung für eine neue kommunale Engagementkultur im Wandel mobilisieren
- Breite Einbeziehung von Akteursgruppen organisieren

Management

Ein zielgerichtetes Vorgehen, das unterschiedlichste Akteure sinnvoll einbindet, braucht mehr als öffentlichkeitswirksame Aktionen und Einzelprojekte. Professionalität trägt zur Effizienz und Nachhaltigkeit bei der Umsetzung kommunaler Demografiestrategien bei.

Die Erfolgsfaktoren, die sich aus den dargestellten Projekten ableiten lassen, lauten:

- Über Daten zu Taten kommen
- Professionelles Projektmanagement organisieren
- Effektive und flexible Organisations- und Managementstrukturen aufbauen
- Demografie-Coaching als fachliche und kommunikative Begleitung nutzen

Konzepte und Projekte

Die Basis für ein strategisches Vorgehen der Kommunen im demografischen Wandel sind umfassend abgestimmte Handlungskonzepte. An ihnen richten sich auch Projektideen und Umsetzungen aus.

Die Erfolgsfaktoren, die sich aus den dargestellten Strategien und Projekten ableiten lassen, lauten:

- An Leitbildern und Strategien ausrichten
- Handlungskonzepte gemeinsam entwickeln
- Auf Innovationsthemen wie z. B. „Service und Qualität“ konzentrieren
- Verwirklichungschancen in den Mittelpunkt stellen
- Projektideen in Projektfamilien bündeln
- Kompetenzen und Ressourcen konzentrieren

- Schnelle Erfolge durch sofort umsetzbare Projekte praktizieren
- Das Thema Demografie nicht auf Daseinsvorsorge und Stadtumbau beschränken – einen ganzheitlichen Ansatz wählen
- Ausgewogenes Verhältnis zwischen Anpassen und Gegensteuern finden
- Maßgeschneiderte Projekte für unterschiedliche Quartiere entwickeln

In diesem Leitfaden werden zahlreiche konkrete Werkzeuge dargestellt, mit deren Hilfe jede Kommune ihren eigenen Weg zur Gestaltung des demografischen Wandels finden kann. Die Beispiele zeigen, dass dieser Weg Erfolg verspricht.

Gute Beispiele aus Sachsen und darüber hinaus



1. Abwasserzweckverband Espenhain

Demografie stärker berücksichtigen



Sven Lindstedt, Geschäftsführer des Abwasserzweckverbandes Espenhain

Der Abwasserzweckverband (AZV) Espenhain wird künftig noch stärker als bisher die demografische Entwicklung berücksichtigen. Die rückläufige Bevölkerungszahl im Leipziger Land führt dazu, dass vorhandene Anlagen geringer ausgelastet werden. Das Beseitigungskonzept für Abwasser soll deshalb überarbeitet werden. Dazu will der AZV mit der Hochschule für Technik, Wirtschaft und Kultur in Leipzig sowie der Universität Leipzig kooperieren. Dabei geht es vor allem um die Frage, wie in extrem dünn besiedelten Gebieten die Abwasserentsorgung auch in Zukunft gewährleistet werden kann.

Espenhain liegt rund 20 Kilometer südlich von Leipzig. Der Strukturwandel verschont die Region nicht. In Zahlen ausgedrückt: 24 Gemeinden gründeten den Zweckverband, nach der Kommunalreform im Freistaat sind es jetzt noch elf. Für 48.000 Bürger übernahm der Verband in den 1990-er Jahren die Abwasserentsorgung – heute leben noch 38.000 Menschen in den Mitgliedsgemeinden. „Dieser Entwicklung müssen wir uns stellen“, sagt Sven Lindstedt, Geschäftsführer des Abwasserzweckverbandes Espenhain. Der 43-Jährige führt seit Anfang 2006 die Geschäfte des AZV.

Der Geschäftsführer versteht es, verschiedene Interessen zu berücksichtigen. Hausbesitzer, Bauamtsleiter, Bürgermeister und Gemeinderat müssen informiert werden. Für größere Baumaßnahmen sind Mehrheiten der Politik erforderlich, aber die Konzepte müssen auch wirtschaftlich aufgehen und von der Verwaltung umgesetzt werden. „Dazu braucht man viel Fingerspitzengefühl“, betont Lindstedt, der seit insgesamt 12 Jahren für den Verband arbeitet.



Der Abwasserzweckverband hat seinen Sitz in Thräna



Elf Gemeinden gehören dem Abwasserzweckverband an

Doch mit guter Vorarbeit finde sich immer eine Lösung. „Die Bürgermeister sind engagiert und innovativ. Das ist sehr hilfreich“, betont der Geschäftsführer. Kanäle und Kläranlagen sind Infrastrukturen für Jahrzehnte. Für Kanäle rechnet der Verband 80 Jahre, für Kläranlagen zwischen 20 und 30 Jahren Lebensdauer. Deshalb muss bei jedem Plan die Bevölkerungsentwicklung beachtet werden. „Zuviel Abwasser im Kanal ist schlecht, zu wenig ist aber auch schlecht“, sagt Lindstedt. Abwasser muss fließen, sonst ist der Kanal irgendwann verstopft. Deshalb untersuchen die Planer des Zweckverbandes immer mehrere Punkte: Wie viele Menschen leben heute in einer Siedlung, wie wird sie sich entwickeln, wie weit ist der Weg zum nächsten Abwasserkanal? Lohnt sich eine eigene kleine Kläranlage oder der Weg zum größeren Kanal und zentralen Klärwerk? Aus diesen einzelnen Aspekten entsteht der gesamte Plan.

Fahren Sie nach Kitzscher-Neudorf

Von der Theorie zur Praxis. „Fahren Sie nach Kitzscher-Neudorf, dort bauen wir gerade eine biologische Kleinkläranlage“, sagt Sven Lindstedt. Nach wenigen Kilometern ist das Ziel erreicht. Ein kleiner Weg Richtung Thierbach. Ein Bauschild weist auf den Abwasserzweckverband hin. Am Ortsende links, wenige Meter hinter der Straße, befindet sich die neue Kleinkläranlage. Unscheinbar, aber wirksam. In Kitzscher-Neudorf leben 58 Menschen. Die Siedlung entstand einst für Neubauern. Ein Anschluss an das Hauptkanalnetz lohnt sich nicht. Nach und nach werden die einzelnen Häuser an die Kleinkläranlage angeschlossen. Der Probetrieb startet im Dezember 2010, im Sommer 2011 wird die Anlage vollständig in Betrieb sein. „Wir schreiben jeden Grundstückseigentümer an und sprechen mit ihm“, sagt Lindstedt auf der Baustelle. Mit dem Bauplan in der Hand trifft er schnell noch einige Absprachen mit dem Polier der Baufirma und der technischen Leiterin des Abwasserzweckverbandes. Alles liegt im Zeitplan, Probleme wird es nicht geben. „Im Gespräch mit den Bewohnern können wir erklären, warum die Maßnahme erforderlich ist und auf Vorbehalte der Menschen eingehen“, erklärt der Geschäftsführer.



Kitzscher-Neudorf: Bauarbeiten für neue Kläranlage



Biologische Kläranlage: klein, aber wirksam

Die Kosten für einen Anschluss betragen rund 3.000 Euro. Kitzscher-Neudorf ist ein gutes Beispiel für die Struktur im ländlichen Raum. Die Anschlüsse liegen weit auseinander. Deshalb müssen mehr Kanalmeter verlegt und gewartet werden. Damit steigen die Kosten für das Rohrnetz. Der Anschlusspreis ist jedoch gleich. Die erhöhten Kosten können nicht durch zusätzliche Einnahmen ausgeglichen werden. Durch die schrumpfende Einwohnerzahl sinken die Einnahmen des Verbandes. Die Leistungen bleiben jedoch gleich oder müssen aufgrund strengerer Gesetze ausgeweitet werden. Als Körperschaft des öffentlichen Rechts ist es nicht das Ziel des AZV, große Überschüsse zu erwirtschaften. „Abwasser kostet Geld und wird teurer, das muss man den Menschen sagen. Es ist illusorisch, dass der Kubikmeter in Zukunft billiger wird. Derzeit liegt der Preis bei 2,88 Euro“, so Lindstedt.

Zentral für den Umgang mit dem demografischen Wandel ist nach Einschätzung des Geschäftsführers, das gesamte Verfahren aktiv zu gestalten. Es gebe nichts Schlimmeres, als auf ein sich abzeichnendes Problem nicht vorbereitet zu sein. Das wird auch das Leitmotiv für die künftige Arbeit und das zu erstellende Konzept zur Abwasserbehandlung sein. Denn auch unter veränderten Rahmenbedingungen erwarten die Bürger, das Abwasser an 365 Tagen im Jahr rund um die Uhr absolut zuverlässig und fast unbemerkt entsorgt wird.



58 Menschen leben in Kitzscher-Neudorf

Der Abwasserzweckverband Espenhain auf einen Blick

Gegründet:	1991-1994
Gemeinden:	24 bei Gründung, aktuell elf
Bevölkerung:	48.000 bei Gründung, aktuell 38.000 Einwohner
Fläche:	290 Quadratkilometer
	1 zentrales Klärwerk in Espenhain (Betrieb durch externen Dienstleister)
	6 Kleinkläranlagen (z. T. geplant bzw. im Bau)
	105 Kilometer Abwasserdruckleitungen
	86 Pumpstationen
	550 Kilometer Freispiegelleitungen
	12.000 Anschlüsse auf Grundstücken
	1.750 Kleinkläranlagen auf Grundstücken*
	256 Gruben auf Grundstücken (ohne Abfluss)*
Vorsitzender des Zweckverbandes:	Thomas Hagenow, Bürgermeister Gemeinde Belgershain
Geschäftsführung:	Sven Lindstedt
Mitarbeiter:	12

* Nur noch bis 2015 zugelassen

2. Erlbach im Vogtland

„Immer neu Einfälle haben, den Bürgern etwas bieten!“



Klaus Herold,
Bürgermeister der Gemeinde Erlbach/Vogtland

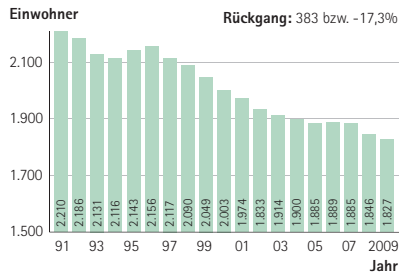
Ein Mehrgenerationenhaus in Erlbach soll als Treffpunkt für Jung und Alt dienen. Inzwischen steht fest, dass der seit mehreren Jahren geschlossene Gasthof Tauscher am Marktplatz umgebaut wird. Plan und Konzept sind entwickelt, die Kaufverhandlungen mit den bisherigen Eigentümern allerdings noch nicht abgeschlossen. Erste Ideen, um den Umbau zu finanzieren, bestehen. In dem Gebäude soll es ein Angebot für Kinder, Jugendliche und Senioren geben. Das Tourismusbüro wird integriert. Die Gemeinde wird das Haus nicht selbst betreiben, sondern für diese Aufgabe einen externen Partner suchen.

Die Idee für das Haus entstand in einer Bürgerwerkstatt. 21 nach dem Zufall ausgewählte Bürger diskutierten im November 2007 Ideen für eine bessere Lebensqualität in Erlbach. Das Alter der Teilnehmer lag zwischen 20 und 75 Jahren. Die Veranstaltung war Teil des Projektes „Demografie-Partnerschaft“ zwischen Sachsen und Hessen. Die Bürger im nordhessischen Battenberg (Kreis Waldeck-Frankenberg) und in Erlbach erstellten je ein Bürgergutachten, das im April 2008 übergeben wurde. Zu den Ideen gehörten eine Tauschbörse für Dienstleistungen, eine mobile Apotheke und ein Vereinshaus als zentrale Anlaufstelle für alle Einwohner.

Weiteres Thema war die Mobilität. Drei Ideen verfolgte die Gemeinde weiter: Der Bürgerbus rollt inzwischen, der Bürgerverein besteht unter dem Dach der Gemeinde und das Mehrgenerationenhaus ist geplant.



Der Bürgerbus bringt Alt und Jung ans Ziel



Einwohnerzahlen von Erlbach 1991–2009

Bürgerbus

Wie kommen ältere Menschen zum Arzt oder zum Einkaufen? Wie kommen Jugendliche zum Fußballtraining in den Nachbarort? Die Lösung: Ein Bürgerbus bringt die Menschen hin. Der Bus schließt vor allem die Lücken des regulären öffentlichen Linienverkehrs. Die bestehen vor allen in den Ferien, abends oder am Wochenende. Der Bus wird von der Gemeinde betreut. Finanziert wird das Projekt mit Mitteln aus der Förderrichtlinie Demografie des Freistaates Sachsen. Fahrgäste zahlen 1,50 Euro pro Fahrt. Der Bus fährt seit September 2009 und verbindet Erlbach an einzelnen Wochentagen mit Markneukirchen. Zielgruppe sind dabei ältere Menschen. Für Kinder und Jugendliche werden Ausflüge oder eben die Fahrt zum Fußballtraining organisiert.

Bürgerverein

In Erlbach gibt es 33 Vereine. Darunter sind neun Sportvereine, sechs Musikvereine, drei Fördervereine, sieben Vereine aus dem Bereich Heimat- und Traditionspflege, vier Vereine für Jugend und Senioren sowie Tourismus und Feuerwehren. Der Bürgerverein koordiniert die einzelnen Aktivitäten. Auch diese Idee entstand bei der Bürgerwerkstatt. Der Bürgerverein hat keine eigene Rechtsform, sondern wird von der Gemeinde getragen. Zwei Mitarbeiter wurden mit Fördermitteln eingestellt. Der Bürgerverein koordinierte die von der Landjugend Sachsen initiierte „33-Stunden-Aktion“. Beim Aktionswochenende im Mai beteiligten sich in Erlbach rund 100 Personen.

Wandel und Veränderung

Vieles hat sich in dem malerischen Ort im Vogtland in den letzten Jahren geändert. Straßen wurden ausgebaut, Wasser- und Abwasseranlagen erneuert, die Straßenbeleuchtung modernisiert. Die Rahmenbedingungen sind nicht einfach. Seit 1990 verlor der Ort rund 17 Prozent der Einwohner.



Sitz des Bürgervereins ist das Gemeindehaus



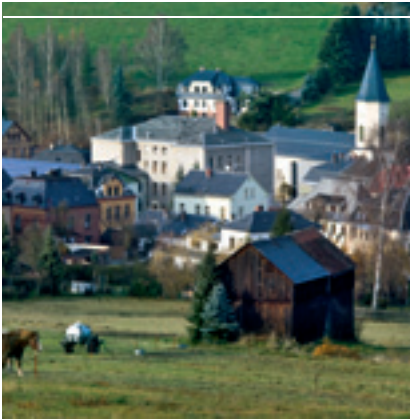
Geplant: Der ehemalige Gasthof am Marktplatz wird zum Mehrgenerationenhaus umgebaut

Ein Ende des Trends ist nicht abzusehen. „Von 30 Menschen, die 2008 abgewandert sind, waren 25 junge Leute“, sagt Bürgermeister Klaus Herold. Für 2009 und 2010 erwartet er eine ähnliche Entwicklung. Rund 25 Prozent der Einwohner sind 65 Jahre und älter. Ein Ziel ist es, vor allem junge Familien für den Ort zu gewinnen. Dazu bietet die Gemeinde nicht nur Bauplätze, sondern hilft auch direkt und persönlich. „Wir gehen zusammen zum Bauamt, wenn das gewünscht wird“, so Herold.

Bürgernähe ist dem ersten Mann im Ort besonders wichtig. „Heute ist Dienstag, da habe ich Sprechstunde. Bisher hat noch niemand an meiner Tür geklopft, aber die Einwohner können mich immer ansprechen“, sagt Herold. „Ich bin viel im Ort unterwegs“, ergänzt der 66-Jährige, der seit 2001 Bürgermeister ist. „Ich gehe auf die Menschen zu, spreche mit ihnen. So lassen sich viele Dinge einfach klären“, betont der gelernte Rundfunk- und Fernsehmechanikermeister. Seit 1990 ist er ehrenamtlich in der Kommunalpolitik in Erlbach aktiv.

Familienfreundliche Einrichtungen und Familienfreundlichkeit sind in Erlbach keine leeren Worte, sondern gelebter Alltag. So gibt es Kinderkrippe und Kindergarten, Grundschule, ein Familienzentrum und ein reges Vereinsleben. Kindergarten und Krippe waren zeitweise sogar überlastet. Mit dem jetzt erfolgten Anbau ist der Engpass behoben - 65 Kinder zwischen einem und sechs Jahren können betreut werden. Einige aktive Bürger gründeten im Jahr 2000 den gemeinnützigen Verein „Familienzentrum Altes Schloss e. V.“ Inzwischen sind über 90 Familien Mitglied im Verein. Nach und nach wurde das Angebot erweitert. Mütterkreis, Kinderbetreuung, „Häschentreff“ und „English for Kids“ – das Zentrum bietet jeden Tag Veranstaltungen an. Die Arbeit wird von der Gemeinde mitfinanziert. Das Familienzentrum bietet Kurse und Feste, nicht nur für Kinder.

Über die einst trennende Grenze nach Tschechien gibt es heute einen regen Austausch. Welchen Rat gibt der engagierte Bürgermeister aus dem Vogtland?



Malerisches Erlbach



Erlbach im Überblick

„Einen Rat – da bin ich immer vorsichtig“, sagt der 66-Jährige zurückhaltend. Und ergänzt: „Wir versuchen immer, uns etwas einfallen zu lassen. Wir wollen nicht stehen bleiben, etwas Neues bieten und die Menschen mitnehmen.“ Und zum Schluss sagt Herold: „Ich bin stolz auf die Erlbacher. Wenn man sie braucht, sind sie da!“

Erlbach auf einen Blick

Urkundliche Ersterwähnung:	3. Juli 1303
Brau- und Marktrecht:	Seit 1663
Ortsteile:	Eubabrunn, Gopplasgrün und Wernitzgrün
Einwohner:	2.210 (1990), 1.829 (2009)
Verwaltungsgemeinschaft:	Markneukirchen und Erlbach (seit 1994) Luftkurort ab 2011 33 Vereine
Einrichtungen:	Kinderkrippe, Kindergarten, Schulhort, Grundschule, Familienzentrum.
Weiterführende Schulen:	Mittelschule Adorf (10 Kilometer), Gymnasium Markneukirchen (5 Kilometer).
Medizinische Versorgung:	Arzt und Zahnarzt.
Freilichtmuseum Eubabrunn:	Vier Hektar Fläche mit 18 Gebäuden aus der Zeit von 1720 bis 1830

3. Freiwillige Feuerwehr Radibor

Umstrukturierung bringt eine sichere Zukunft



Vinzenz Baberschke, Bürgermeister von Radibor

Mit Rüdiger Schmidt leitet ein Feuerwehrmann aus Leidenschaft die Freiwillige Feuerwehr Radibor. Der 41-jährige Tischlermeister ist seit 1985 bei der Ortswehr aktiv. 1996 übernahm er die Ortswehr Radibor, seit 2007 ist er Gemeindeführer. Vieles hat sich in dieser Zeit geändert. Gemeinden und Landkreise wurden zusammengelegt, bei drei Hochwassern waren die Blauröcke über Tage bis zur Grenze der Belastbarkeit eingesetzt. Auch die Feuerwehr muss sich den demografischen Veränderungen stellen. „Das war nicht immer einfach“, sagt Schmidt, „gerade die letzten Jahre waren besonders schwierig.“

Rüdiger Schmidt sichert mit 100 aktiven Feuerwehrkameraden den Brandschutz in Radibor. Für den Schutz vor Bränden sind die Gemeinden zuständig. Das legt Paragraph 3, Absatz 1 im Gesetz über den Brandschutz, Rettungsdienst und Katastrophenschutz für den Freistaat Sachsen fest. Radibor, mit 23 Ortsteilen etwa 10 Kilometer nördlich von Bautzen gelegen, hat im Gemeindegebiet vier Feuerwehrstandorte. 3.450 Einwohner leben auf einer Fläche von 63 Quadratkilometern. „Unser Gemeindegebiet hat so in etwa die Form einer Banane“, erklärt Vinzenz Baberschke. Seit 1992 steht der 52-Jährige als hauptamtlicher Bürgermeister an der Spitze der Verwaltung.

Die Einwohnerzahlen gingen pro Jahr zwischen zwei und drei Prozent zurück. Jugendliche verlassen nach dem Schulabschluss den Ort und studieren, viele Bürger pendeln zur Arbeit. Die Sächsische Feuerwehrverordnung verlangt in Paragraph 2 eine Mindeststärke der aktiven Angehörigen der öffentlichen Feuerwehr.



Rüdiger Schmidt, Gemeindeführer der Freiwilligen Feuerwehr Radibor



Die Kirche ist der Mittelpunkt von Radibor

Sie beträgt „das Zweifache der Anzahl der im Fahrzeugschein vorgesehenen Sitzplätze für die in der Gemeinde nach dem Brandschutzbedarfsplan eingesetzten Feuerwehrfahrzeuge.“ Das heißt im Klartext: Ein Löschgruppenfahrzeug hat neun Sitzplätze. Somit müssen mindestens 18 Kameraden bei der Feuerwehr aktiv sein. Die Gemeinden sind seit 2005 verpflichtet, einen Brandschutzbedarfsplan aufzustellen. Darin sind die aufgrund einer Risikoanalyse notwendigen Fahrzeuge und Zahl der aktiven Feuerwehrmänner zu benennen. Eigene Ortsfeuerwehren gab es in Radibor, Milkel, Cölln und Luppä. Die Wehren in Cölln und Luppä lagen jedoch nur knapp über der geforderten Mindeststärke. Wie konnte die Lösung aussehen? Die Feuerwehren aufzulösen kam für den Bürgermeister nicht in Frage. Sein Vorschlag: Cölln und Luppä werden zu Löschgruppen unter dem Dach der Freiwilligen Feuerwehr Radibor umstrukturiert.

Die Kameraden in Cölln und Luppä waren nicht begeistert. Jede Feuerwehr hat ihre Geschichte und ist wichtiger Kulturträger im Ortsteil. Auch im Gemeinderat gab es kontroverse Diskussionen. Im Mai 2007 stimmten die Kommunalpolitiker dem Brandschutzkonzept mit der neuen Struktur der Feuerwehr zu. „Das war sehr schwierig“, räumt Baberschke ein, „aber eine Schließung wäre noch viel schlimmer gewesen.“

Da die Feuerwehr jetzt zukunftssicher ist, können drei neue Fahrzeuge beschafft werden, die in Radibor, Cölln und Luppä stationiert werden. Sie lösen Fahrzeuge aus DDR-Zeiten ab. Das Konzept ist auch auf andere Gemeinden übertragbar. Die Probleme des demografischen Wandels lassen sich nicht von einer Gemeinde alleine lösen. „Man muss über den Tellerrand schauen und sich über Gemeindegrenzen hinaus in der Region abstimmen“, fordert Baberschke. Kreisbrandmeister Manfred Pethran hat mit viel fachlicher Kompetenz die Entwicklungen begleitet und die Feuerwehren auf die neuen Rahmenbedingungen vorbereitet. Eine gute Zusammenarbeit kann manches Problem lösen. Gemeinden kooperieren bei Ausstattung und Ausbildung der Feuerwehr. Brandschutzbedarfspläne werden erarbeitet, das Gefährdungspotenzial von Gewerbebetrieben



Das Feuerwehrgerätehaus der Freiwilligen Feuerwehr Radibor

gemeinsam bewertet. Hilfeleistungsverträge unter den Gemeinden regeln, dass nur tatsächlich entstandene Sachkosten abgerechnet werden. Die Beschaffung neuer Fahrzeuge muss abgestimmt werden. Schließlich geht es um Investitionen für die nächsten 15 bis 20 Jahre. Ein Beispiel ist das neue Tragkraftspritzenfahrzeug mit Schaum für Radibor. Es kann weit über die Gemeindegrenzen hinweg eingesetzt werden.

Auf die Jugendarbeit kann die Freiwillige Feuerwehr auf keinen Fall verzichten. Dazu Gemeindegewehrleiter Rüdiger Schmidt: „Wir brauchen Nachwuchs. Das wird uns die nächsten Jahre beschäftigen.“ Auch hier wäre es seiner Meinung nach sinnvoll, neue Wege zu beschreiten. Dass bei den Jugendfeuerwehren immer weniger Kinder anfangen, liegt auch daran, dass sie erst mit acht oder neun Jahren angesprochen werden können. Das ist zu spät. „Man müsste die Kinder ansprechen, wenn sie jünger sind“, sagt Schmidt. Das versucht das Ganztagsprogramm und die Arbeitsgemeinschaft Freiwillige Feuerwehr der Grundschule Radibor. Damit die Bürger auch künftig auf Schnelligkeit, Fachwissen und Umsicht von Schmidt und seinen aktiven Feuerwehrkameraden zählen können.

Stichwort: Hilfsfrist

Unter Hilfsfrist wird die Zeit zwischen Alarmierung und dem Eintreffen der ersten Feuerwehrmänner vor Ort verstanden. In Sachsen gilt, dass innerhalb von neun Minuten die ersten Kräfte vor Ort sein sollen. Die Zeit setzt sich wie folgt zusammen: Nach fünf Minuten soll bei einer Freiwilligen Feuerwehr das erste Fahrzeug ausrücken, weitere vier Minuten kann die Fahrzeit betragen. Der Aktionsradius für ein Fahrzeug beträgt somit etwa vier Kilometer. Innerhalb von weiteren fünf Minuten sollen weitere sechs Feuerwehrmänner eintreffen, so dass 14 Minuten nach der Alarmierung ausreichend Kräfte verfügbar sind. Einzelheiten sind in der Alarm- und Ausrückordnung festgelegt. Sie wird von Feuerwehren und Gemeinden erarbeitet und ist



Die Pfarrkirche „St. Maria Rosenkranzkönigin“ zu Radibor

bei der Leitstelle in Bautzen hinterlegt. Somit kann der Disponent je nach Einsatzstichwort die zuständigen Feuerwehren alarmieren. Dabei muss berücksichtigt werden, dass in der Woche tagsüber nur etwa 20 bis 25 Prozent der aktiven Feuerwehrmänner vor Ort tätig sind. Deshalb müssen gegebenenfalls weitere Wehren oder Löschgruppen alarmiert werden, die dann sternförmig zum Einsatzort fahren.

Freiwillige Feuerwehr Radibor

Kameraden	Fahrzeuge*	Status
Radibor: 25	LF 8/6 MZF	Ortsfeuerwehr
Cölln: 18	LF8-TS	Löschgruppe
Luppa: 24	LF8-TS-STA	Löschgruppe
Milkel: 34	TLF/W TSF/W MZF	Ortsfeuerwehr

Aktive Feuerwehrfrauen:	Radibor 1, Milkel 3
Neubeschaffungen Dezember 2010:	2 MTW (Cölln und Luppa), 1 TSF (Radibor)
Leitstelle:	Bautzen, ab Mitte 2011 Hoyerswerda
Durchschnittsalter der aktiven Feuerwehrkameraden:	32 Jahre

* LF: Löschgruppenfahrzeug
 MTW: Mannschaftstransportwagen
 MZF: Mehrzwecktransportfahrzeug
 TS: Tragkraftspritze
 TSF: Tragkraftspritzenfahrzeug
 TLF: Tanklöschfahrzeug
 STA: Schlauchtransportanhänger
 W: Wasser

4. Kirschauer Kunstinitiative „obART“

Kunst, Klang und Kultur im Lausitzer Bergland

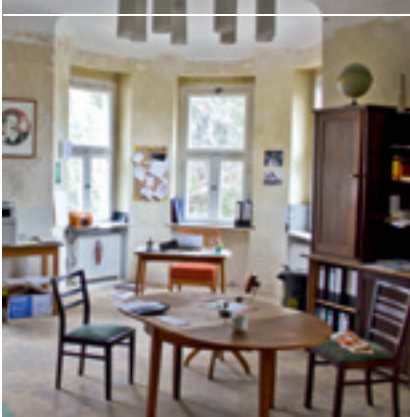


Das Team (v.l.n.r.): Mike Salomon, Claudia Matoušek und Stephanie Werth

Das Plakat sieht eher nach einer Werbung für ein Zeltfest auf dem Land aus: Schwarzer Hintergrund, neonfarbene Lettern. „Sensation in Kirschau“ ist da zu lesen. Dann folgt der Hinweis auf ein Kunstprojekt. Hinter dem frechen Plakat stecken Mike Salomon und sein Team. „Du musst die Sprache der Leute sprechen. Das haben wir hier gelernt“, sagt der Künstler und Choreograf. Gemeinsam mit einem kleinen Team arbeitet er an vielen Projekten gleichzeitig und transportiert damit Kunst und Kultur in den ländlichen Raum.

Kirschau – der kleine Ort mit seinen 2.400 Einwohnern liegt im Lausitzer Bergland, rund 10 Kilometer südlich von Bautzen. Bis zur Grenze nach Tschechien sind es nur wenige Kilometer. Im Juni 2009 kam Salomon aus Leipzig nach Kirschau. Seit seinem elften Lebensjahr ist der heute 45-Jährige im Umfeld von Kunst, Kultur, Theater und Choreografie unterwegs. Zuletzt baute er die Ausstellung „Ostrale“ in Dresden auf.

Angefangen hatte alles mit der leerstehenden „Lärchenbergvilla“. Der Textilfabrikant Adolf Friese ließ sie 1914 im ausgehenden Jugendstil erbauen. Heute gehört die Villa der Familie Schumann, die in Kirschau Sachsens einziges 5-Sterne-Wellness-Hotel betreibt. Es war die Idee von Hotelier Rüdiger Schumann und Bürgermeister Sven Gabriel, in der alten Villa ein Zentrum für moderne Kunst auf dem Land zu schaffen. Sie übergaben das Projekt an den in Leipzig lebenden Jim Whiting, der Mike Salomon dafür gewann. Als kreativer Kopf nahm sich Salomon viel Zeit, um ein Konzept zu erarbeiten. Er reiste mehrmals nach Kirschau, mietete sich ein, um ein Gefühl für den



„ARTresidenz“ – kreatives Zentrum und Ort der Begegnung



„Speakers Gate“ vom Künstler Benoit Maubrey

Ort zu gewinnen. Anfang 2009 stand das Konzept. Als Trägerverein wurde die „Kulturinitiative Kirschau e. V.“ gegründet. Mittlerweile ist Salomon und sein Team unter der Marke „obART“ aktiv. Das „ob“ oder das „ART“ findet sich in den einzelnen Projekten.

Wasser und Heizung wurden kurzfristig hergerichtet. Seitdem ist die Villa eine „ARTresidenz“, also ein kreatives Zentrum und Ort der Begegnung. Das Team besteht aus vier bezahlten Mitarbeitern, der Chef und eine Koordinatorin sind ehrenamtlich tätig. „Man muss visionsfähig sein, um hier zu arbeiten“, sagt Salomon herausfordernd in der Küche der Villa. Die Finanzierung ist schwierig, ohne die Unterstützung der Eigentümer wäre das Ganze nicht denkbar. Der Trägerverein ist der rechtliche Rahmen für Projektanträge, demnächst soll noch ein Förderverein gegründet werden. Bisher fördern regionale Firmen mit Geld- und Sachspenden die Arbeit. Der „Kulturraum Oberlausitz-Niederschlesien“ unterstützt die Arbeit ebenfalls.

Wie kamen die Ideen bei der Bevölkerung an? „So etwas sind die Leute hier nicht gewohnt“, erklärt Salomon. Deshalb reagierten viele Menschen zunächst mit Unverständnis. Doch die Mitarbeiter lassen sich nicht unterkriegen, die Mission ist einfach zu wichtig. „Was bleibt, wenn alle weggehen“, fragen sie. Das Problem sind nicht nur fehlende Arbeitsplätze. Die Attraktivität der Umgebung ist mindestens ebenso wichtig. Es fehlt ein Kommunikationspunkt im Dorf, überhaupt ist zu wenig los. Das Team will die Leute abholen. Kunst als Begegnung, nicht nur als Dekoration.

Zukunft

Für 2011 hat das Team große Pläne. Ganz oben steht die „Kunsthalle Ost“. Der 45-Jährige will einen Raum für Ausstellungen und Veranstaltungen moderner Kunst in Ostdeutschland schaffen. Der Anfang ist schon gemacht: Vom 1. - 10. Oktober 2010 präsentierte der Künstler Julius Popp seine Wasser-Licht-Installation „bit.fall“. Derartige Events werden in ehemaligen Fabrikgebäuden



„Tri-Kick“ vom Künstler Sandro Porcu



Die 1914 gebaute Lärchenbergvilla dient heute als „ARTresidenz“

Kirschaus stattfinden. Möglich wird das durch Karl Dominick, der in den leerstehenden Hallen in Zukunft eine Fischzucht betreiben will. Der Unternehmer erlaubt den Künstlern für die nächsten zwei Jahre eine Mitnutzung der Hallen.

Eine wichtige Zielgruppe sind Jugendliche. Schulen in der Umgebung sollen miteinander vernetzt werden, um Schüler für die Kunst zu gewinnen. Salomon will dafür etwas ganz Neues ausprobieren: In der bergigen Umgebung bietet es sich an, Natur und Kunst zu verbinden, indem Berghänge als Projektionsfläche dienen. Nach einem Jahr harter Arbeit zeichnet sich ein Erfolg ab, der sich nicht in Zahlen messen lässt: Die Kirschauser öffnen sich für die Kunst. „Jetzt werde ich angesprochen“, freut sich Salomon, „dass gestern im Fernsehen etwas über Kunst gezeigt wurde.“ Langsam entstehe ein Bewusstsein. „Wenn ich das höre, weiß ich: Es ist richtig, was wir hier machen“, sagt der Künstler abschließend.

Die Marke: obART

Der Name „Kulturinitiative Kirschau e. V.“ würde niemanden begeistern. Deshalb entwickelten die Künstler eine Marke nach dem Motto „wo obART draufsteht, ist auch obART drin“. In jedem Projektnamen findet sich „ob“ oder „ART“. Im Mai kamen über 7.000 Besucher zum dreitägigen Performance-Art-Festival „grenzART“, bei dem Künstler aus 19 Ländern auftraten. Auch die Hörkunsttage vom 1. - 11. Juli 2010 unter dem Namen „obPHON“ waren ein voller Erfolg. Über 50 Künstler präsentierten sich in 34 Klangräumen und Installationen, 25 Hörspiele und acht Konzerte begeisterten die Zuhörer. Fünf mobile Klänge und Performances machten das Land zur Bühne. Neben den zwei großen Projekten, die jährlich stattfinden sollen, bietet „obART“ auch kleinere kreative Aktionen, wie das Tri-Kick-Spiel am 19. Juni 2010, das von 1.600 Zuschauern bejubelt wurde. Spiel und Spielfeld wurden vom Künstler Sandro Porcu erfunden. Auf einem einzigartigen Spielfeld – ein richtiges geometrisches Kunstwerk – traten drei Mannschaften aus drei Ländern



Atlas-Installation vom Künstler Heinz Schmoeller

gleichzeitig gegeneinander an. Teams aus Polen, Tschechien und Deutschland weihen die Weltpremiere des Drei-Länder-Fußballspiels in Kirschau ein. In Kooperation mit dem Kunstbuerkino e. V. organisierte „obART“ ein einzigartiges Kinoerlebnis: wie in den Autokinos in Amerika konnten die Besucher Filme vom Auto aus genießen – und zwar in eigens dafür aufgestellten Schrottkarren. Im ersten Jahr besuchten 10.000 Personen die Veranstaltungen.

Kontakt:

obART
Waldstraße 23
02681 Kirschau
Tel. 03592 391180

www.obart.eu

5. Ortsnahe Versorgung in Jülich-Barmen

FrISChe und regionale Produkte für den Kunden



Heinz Frey, Geschäftsführer Versorgungszentrum DORV

„Der letzte Lebensmittelladen in Barmen wurde 1998 geschlossen. Als Ende 2001 die Sparkasse ihre Filiale aufgab, war das der Impuls: Hier muss etwas passieren“, sagt Heinz Frey. Damals war noch nicht klar, wohin der Weg führt. Heute können die Einwohner von Barmen wieder Lebensmittel im Ort kaufen. Die Lösung heißt DORV. In Langfassung steht das für „Dienstleistung und Ortsnahe Rundum Versorgung“. „Wir nennen uns ganz bewusst nicht einfach nur Laden, sondern Versorgungszentrum“, betont Projektleiter Jürgen Spelthann. Damit wird klar, dass nicht nur Lebensmittel verkauft werden, sondern weitere Dienste angeboten werden. Die Bank kam zwar nicht zurück, aber der Geldautomat und Kontoauszugsdrucker sind heute Teil des Zentrums. Die Mitarbeiter sind zur Stelle, wenn jemand den Geldautomaten nicht bedienen kann. Heinz Frey, im Hauptberuf Lehrer, führt heute ehrenamtlich die Geschäfte der DORV GmbH.

Barmen – der kleine Ort rund 30 Kilometer nordöstlich von Aachen zählt knapp 1.400 Einwohner. Seit den 1970-er Jahren ist Barmen Teil von Jülich. Die Kernstadt Jülich liegt etwa fünf Kilometer entfernt, die Kreisstadt Düren rund 25 Kilometer. Einen harten Strukturwandel gab es in Barmen nicht, die Veränderungen kamen langsam. Im Ort wurden Neubaugebiete ausgewiesen, wirtschaftliche Struktur und Bevölkerungszahl blieben stabil. Im nahen Jülich gibt es alle Schultypen sowie Fachhochschule und Forschungszentrum. Trotz stabiler Rahmenbedingungen veränderte sich das Leben in Barmen. Große Lebensmitteldiscounter eröffneten ihre Läden in der nahen Umgebung. Der Einkauf am Wochenende mit dem Auto war längst Alltag – wer dachte schon an lokale Strukturen im Ort? „Da kann man nichts machen“, mag mancher gedacht haben, als nach und nach



Versorgungszentrum DORV in Barmen



Arzt und Zahnarzt praktizieren in unmittelbarer Umgebung

die Läden in Barmen verschwanden. Heinz Frey, gebürtig aus einem Nachbardorf und mit der Landwirtschaft groß geworden, erlebte den Wandel der letzten Jahrzehnte mit. „Wir hatten in Barmen eine Bäckerei, zwei Metzgereien und mehrere Lebensmitteläden“, sagt der 55-Jährige. Nachdem die Sparkasse ihre Filiale geschlossen hatte, war das Ziel klar: Lebensmittel und weitere Dienstleistungen sollte es wieder im Ort geben. Ein Lebens- und Kommunikationsmittelpunkt sollte entstehen. Geld aus öffentlichen Kassen gab es dafür nicht. So liefen die Aktiven von Haus zu Haus und sammelten Geld. 70.000 Euro in „DORV-Aktien“ kamen so zusammen.

Ärzte praktizieren in unmittelbarer Nähe

Die nächste Frage: Wo sollte das Zentrum angesiedelt werden? Der Standort in der Kirchstraße liegt zentral in der Ortsmitte – Parkplätze gibt es vor der Tür. Nach einigen Gesprächen war klar: Die ehemalige Filiale der Sparkasse war in einem guten Zustand und konnte umgebaut werden. Sie war allerdings nicht groß genug. Ein Ladenlokal neben der Sparkasse stand leer. Eine Wand wurde eingerissen – die Ladenfläche von 150 Quadratmetern war geschaffen. Kleiner als 100 Quadratmeter sollte ein Laden möglichst nicht sein. Im Umfeld des DORV-Zentrums gibt es einen Arzt und Zahnarzt, zum Teil als Zweitpraxis. Direkt gegenüber praktiziert seit kurzem eine Kieferorthopädin. So sind in Barmen wichtige Dienstleistungen in der Ortsmitte zentriert.

Aber können auf 150 Quadratmetern wirklich die Lebensmittel angeboten werden, die die Kunden verlangen? Große Discounter planen für ihre Standorte gleich auf einigen tausend Quadratmetern. „Ja, das geht“, sagt Heinz Frey und erläutert die Besonderheiten des Angebotes. Im Laden gebe es von jedem Produkt zwei bis drei Versionen. „Beim Waschpulver führen wir die Marke und ein bis zwei weitere Produkte einer Handelsmarke“, sagt Frey. Ähnlich beim Toilettenpapier. Statt 30 verschiedene WC-Papier-Versionen gibt es im DORV nur drei. Aber: Mit dem Kernsortiment von etwa 3.000 Produkten können 90 Prozent des täglichen Bedarfs abgedeckt werden.



Freundliche und kompetente Bedienung



Geldautomat und Zulassungsstelle sind Teil des Angebotes

Der Laden kooperiert mit dem regionalen Lebensmittelgroßhandel, der die Ware liefert. Die Nähe zum Kunden hat einen hohen Stellenwert. In einem kleinen Ort wie Barmen sprechen sich positive wie negative Erfahrungen schnell herum. Deshalb sind frische Waren und hohe Qualität ganz besonders wichtig. Hier werden Produkte von Landwirten aus der Region integriert. Bäcker und Metzger aus dem Nachbardorf liefern täglich frische Produkte nach Barmen. „Mit der Frische und regionaler Ware heben wir uns deutlich von großen Discountern ab“, sagt Heinz Frey. Dabei ist die Zielgruppe nicht der Kunde, der beim Großeinkauf am Wochenende etwas vergessen hat und schnell noch etwas kauft. „Davon allein kann man nicht leben“, sagt Jürgen Spelthann. Wichtig sei es deshalb, vor allem Kunden zu gewinnen, die Frische und Qualität der Produkte schätzen und regelmäßig einkaufen.

Nach einigen Jahren sind Frey und Spelthann medienerprobt. Von der Lokalzeitung bis zum Fernsehen haben viele Journalisten über das Projekt berichtet. Das Interesse in anderen Orten mit ähnlicher Ausgangslage stieg. „Wir haben inzwischen fünf Standorte in Deutschland und einen in Österreich mit einem ähnlichen Konzept, weitere werden gerade aufgebaut“, sagt Spelthann. Als Stadt- und Regionalplaner bietet er für interessierte Orte eine erste Analyse an, um dann nach und nach gemeinsam mit Verwaltung und Bürgern das passende Konzept zu entwickeln. Dabei bieten sich verschiedene Modelle an (siehe Kasten).



Projektleiter Jürgen Spelthann



Täglich frische und regionale Ware

Drei Modelle für ein DORV-Projekt

Es bieten sich drei verschiedene Modelle für ein Dorf-Laden-Projekt an:

Das bürgerschaftliche Modell: Keine Gewinne, keine Verluste

Die Bürger eines Ortes werden selbst aktiv. Mit Eigenleistung, Ehrenamt, Energie, Ausdauer und Bürgerkapital wird das Projekt umgesetzt.

Das kaufmännische Modell: Existenzen sichern und ausbauen

Aktive Kaufleute erweitern ihr bestehendes Geschäft und erschließen so neue Einnahmequellen.

Das integrative Modell: Menschen einbinden

In Kooperation mit einem kompetenten Träger lassen sich Menschen integrieren, die sich aus verschiedenen Gründen nur schwer im ersten Arbeitsmarkt behaupten können. Chancen ergeben sich für Menschen mit Behinderung oder aktive Senioren.

Je nach regionaler Ausgangslage sind natürlich auch Mischmodelle möglich.



Lebensmittel auf 150 Quadratmetern

DORV – auf einen Blick

Planungszeit: 3 Jahre (bei neuen Projekten 1 bis 2 Jahre)

Eröffnung: 9. September 2004

Rechtsformen und Struktur:

DORV - Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH) für den wirtschaftlichen Betrieb

DORV - Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR) als Gesellschafterin der GmbH

DORV – Trägerverein (e. V.) zur Beteiligung und Integration der Bürger

Geschäftsführung

(ehrenamtlich): Heinz Frey, Norbert Schommer

Projektleitung: Jürgen Spelthann

Anschrift: Kirchstraße 29, 52428 Jülich-Barmen

Preise und Auszeichnungen:

Landespilotprojekt NRW (2004)

Robert-Jungk-Preis (2005 und 2009)

„365 Tage – Deutschland – Land der Ideen“ (2006)

„Ideen statt Rotstift – Deutschland zum Selbermachen“ (ausgewähltes Projekt, 2007)

Shop des Jahres (2. Platz bundesweit, Kleinfläche, 2009)

Sieger im Wettbewerb „Zuhause hat Zukunft“ (Bundesweiter Wettbewerb, 2010).

Mitarbeiter/innen:

1,75 Stellen in Festanstellung

4 geringfügig Beschäftigte auf 400 Euro-Basis



Einen harten Strukturwandel gab es in Barmen nicht

Angebot:

Lebensmittel, Bankgeschäfte, Vermittlung sozialer Dienstleistungen, Kommunikation, Café, Reinigung, Reparaturservice, Seniorenhandwerkerdienst, Zeitungsannoncen, Brief- und Paketdienst, Reisebüro, Versicherungsbüro, Sanitätshaus, Apothekendienst, behördliche Dienstleistungen für Stadt und Kreis (u. a. Kfz-Zulassungen).

Grundsätze von DORV:

- Lebensraum auf den Dörfern stärken
- Eigenständige wirtschaftliche und kulturelle Identität der Dörfer erhalten
- Nachhaltigkeit fördern
- Gedanken der lokalen Agenda werden optimal erfüllt: Ökonomie – Ökologie – Soziales
- Demografische Entwicklung beachten

Kontakt:

Heinz Frey
Geschäftsführer
Prämienstrasse 49
52428 Jülich
Tel.: 02461 / 343 95 95
Fax: 02461 / 343 95 96
E-Mail: frey@dorv.de

Jürgen Spelthann
Projektleiter
Ludwigsallee 1a
52062 Aachen
Tel.: 0241 / 430 32 82
E-Mail: spelthann@dorv.de

www.dorv.de

6. Seniorensport in Unterrieden

„Nicht lange überlegen, einfach machen!“



Eckhard Strauch, Übungsleiter MuMM 50

Der Tag kommt früher oder später. Irgendwann ist das aktive Arbeitsleben beendet. Vielleicht überwiegt die Freude, nach einem erfüllten Arbeitsleben den Ruhestand mit der Partnerin oder dem Partner genießen zu können. Vielleicht aber auch die Sorge, wie der Tag ohne feste Aufgabe gestaltet werden kann. Als Eckhard Strauch vor elf Jahren in den Vorruhestand trat, packte er den neuen Lebensabschnitt aktiv an. Heute steht der 66-Jährige als Übungsleiter an der Spitze einer Sportgruppe mit 62 Mitgliedern.

„Ich kann nur jedem, der in den Ruhestand tritt, empfehlen, sich ein Hobby zu suchen, das Spaß macht“, sagt Eckhard Strauch, gelernter Feinmechaniker. Der Impuls für seine neue Aufgabe kam vor elf Jahren vom Landessportbund Hessen. Unter dem Projektnamen „MuMM 50“ sollte sich ein Netzwerk für Sport und Gesundheit entwickeln. Eckhard Strauch war von der Idee begeistert. Er erwarb beim Landessportbund den Übungsleiterschein. Nach acht Wochenendseminaren zum Thema „Breitensport, Erwachsene und Ältere“ wusste der Übungsleiter, welche Sportarten sich für Senioren eignen und worauf geachtet werden muss. Im September 1999 startete die Gruppe in Unterrieden.

Unterrieden mit seinen 800 Einwohnern gehört zu Witzenhausen und liegt in Nordhessen, etwa 35 Kilometer östlich von Kassel. „Zuerst musste ich hier eine Halle finden“, erinnert sich der Übungsleiter heute. Der 66-Jährige spielte seinerzeit Fußball beim MTV 03 Unterrieden. Da lag es nahe, die neue Sportgruppe dem Verein anzuschließen.



Kirschblüten Nordic Walking 2010



Aufwärmübungen für das Kirschblüten Nordic Walking 2010

Damit waren auch die wichtigsten Übungsmaterialien vorhanden. Zu jener Zeit gab es bereits eine Damen-Gymnastikgruppe im Verein. Die neue Gruppe wurde ein reiner Männerclub. Startprobleme gab es nicht. Die zehn Teilnehmer waren so überzeugt, dass sich schnell weitere Senioren anschlossen. Nach elf Jahren sind nun über 60 Männer dabei. Die Zahl ist außergewöhnlich groß, so dass die Lokalpresse immer wieder über die Sportler berichtet.

Mittlerweile werden die Senioren zu Hallensportschauen und Jubiläen eingeladen. „Eigentlich könnten wir eine zweite Gruppe aufmachen“, sagt Eckhard Strauch. 40 Teilnehmer kommen regelmäßig. Wenn alle ihre Matten ausgerollt haben, ist die Halle fast voll. Beim Training ist für alle etwas dabei. Der Verein beschaffte Stepper, Pezzibälle und Therabänder. Strauch kennt den üblichen Seniorensport und sagt: „Die würden alle wegbleiben, wenn ich so was anbiete.“ Der Vorsitzende des MTV 03 Unterrieden, Herbert Heidrich, 58, sieht das ähnlich. „Der quält die wirklich“, sagt er scherzhaft.

Weiterbildung

Die Gruppe vergrößerte sich über die Jahre - und Eckhard Strauch wuchs mit den Aufgaben. Er besuchte Lehrgänge, um neue Übungen und Sportgeräte kennen zu lernen. Er absolvierte eine Ausbildung beim Landessportbund Hessen im Bereich Gesundheitssport. Jetzt läuft die Gruppe unter dem Motto „Sport in der Prävention“. Im nahen Göttingen arbeitete der 66-Jährige sechs Wochen beim „Göttinger Rücken Intensiv Programm“ mit. Fachleute an der Reha-Klinik „Hoher Meißner“ wiesen ihn in die Trainingstherapie ein. „Ich habe die Verantwortung, da ist das nötige Fachwissen sehr wichtig“, sagt Strauch. Einmal habe er jemanden wegschicken müssen. Der sei einfach zu krank gewesen und solle besser zur Physiotherapie gehen. Da müsse man ehrlich sein. Was motiviert ihn? „Meine Gruppe macht mir so viel Spaß“, sagt der Übungsleiter. „Und es werden immer mehr. Also gefällt es ihnen auch!“



830 Teilnehmer waren beim Kirschblüten Nordic Walking 2010 dabei



Sport und Gesundheit gehören zusammen

Langeweile kommt nie auf

Gemeinsame Aktivitäten ergänzen den Sport. Die Männer sind begeisterte Wanderer, manche Tour dauert eine Woche. Außerdem gibt es regelmäßig Nordic Walking und Fahrradtouren. Und wenn ein ganzer Bus voller aktiver Senioren zum Tagesausflug nach Weimar oder in den Harz fährt, ist das Vergnügen garantiert. „Dafür kann man sich praktisch Urlaub nehmen“, scherzt Dieter Brill. Der 62-Jährige ist Spartenleiter im MTV 03 Unterrieden und betreut die MuMM50-Gruppe. Grillfeste, Kirmestreffen, Weihnachtsmarkt stehen ebenfalls im Jahresprogramm. Da sind dann auch die Frauen mit dabei. Um das alles organisieren zu können, wird alle zwei Jahre ein Rat von sechs Senioren gewählt, der sich die Leitung der Aktivitäten aufteilt.

Die Senioren organisieren jedes Jahr über Berghänge, vorbei an unzähligen blühenden Kirschbäumen, das Kirschblüten Nordic Walking im Werratal. 2010 nahmen knapp 830 Menschen teil. Damit ist es das größte Nordic Walking Event in Nordhessen/Süd-Niedersachsen. Für die Männer ist der Sport nicht nur gesund, er macht auch Spaß, weil dabei die unterschiedlichsten Menschen zusammenkommen. Der soziale Kontakt ist ebenso wichtig wie die Bewegung. „Man hat so viele interessante Leute hier kennen gelernt“, bestätigt Spartenleiter Dieter Brill. Auch der Vereinsvorsitzende Herbert Heidrich freut sich: „Es sind alle Schichten mit dabei.“

Anpacken

Wie können Interessierte eine Sportgruppe gründen? Vereinsvorsitzender Herbert Heidrich gibt einen ganz simplen Tipp: „Nicht lange überlegen, einfach machen!“ Ein Trainingsort finde sich überall, es müsse nicht immer eine Sporthalle sein. Vor einem Jahr zog einer der Männer nach Kassel. Er gründete eine neue Gruppe, die im Gemeindesaal trainiert. Innerhalb von sechs Monaten wuchs die Gruppe auf 15 Mitglieder. Wichtig ist vor allem, dass der Übungsleiter qualifiziert ist.



Die gemeinsame Radtour gehört dazu

Und auch das muss gesagt werden: „Ein Ehrenamt nimmt Zeit in Anspruch. Da muss der Partner mitziehen“, sagt Eckhard Strauch. Er hat übrigens seit einigen Monaten einen Stellvertreter, der zehn Jahre jünger ist und den er jetzt nach und nach an Aufgaben heranführt. MuMM50 – die Abkürzung steht übrigens für „Maßvoll und Motiviert Mitmachen ab 50“.

Aufbau einer Trainingsstunde (Standardprogramm)

- Aufwärmen
- Herz-Kreislauftraining
- Flotte Pezziballgymnastik
- Diverse Rückenübungen
- Allgemeine Dehnübungen
- Progressive Muskelentspannung



Herbert Heidrich, Eckhard Strauch, Dieter Brill

Mehr Informationen finden Sie auf der Homepage der Sportgruppe
www.mumm50.com

Den demografischen Wandel aktiv gestalten: So gelingt es



1. Demografie konkret:
■ Maßnahmen und Werkzeuge

2. Bürgermitwirkung konkret:
■ Maßnahmen und Werkzeuge

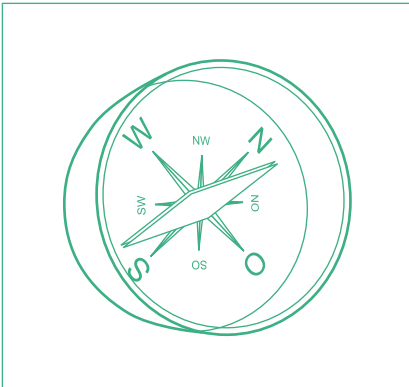
Vergleichstabelle Methoden und Werkzeuge

Methode	Eignung für Startphase	Eignung für längerfristigen Prozess	Eignung für kommunale Planungsprozesse
1. Demografie konkret: Maßnahmen und Werkzeuge			
Leitbildprozess	+	++	+
Demografiestrategie	-	++	++
Demografiecoach / Kommunalen Demografiebeauftragter	-	++	+
Demografietage / Themenwoche Demografie	++	--	-
Demografiecheck	-	+	++
Demografie-Netzwerke	-	++	++
2. Bürgermitwirkung konkret: Maßnahmen und Werkzeuge			
Einfache Methoden der Bürgerbeteiligung	+	--	0
Zukunftswerkstatt	++	-	0
Fokusgruppen	0	--	0
Bürgerpanel	0	0	+
Bürgerausstellung	+	-	0
Bürgergutachten / Planungszelle	+	-	++
Nachhaltige Strukturen	--	++	+

Legende: ++ sehr hoch + hoch 0 mittel - gering -- sehr gering

Eignung zur Aktivierung	Eignung zur Konfliktlösung	Zeitlicher Aufwand	Finanzieller Aufwand	Seite
+	+	0	0	62
++	0	+	+	62
++	0	++	++	68
0	--	+	+	74
-	-	0	0	77
+	+	++	+	82
+	+	-	-	86
+	0	--	--	91
0	-	--	--	95
+	0	-	+	95
+	0	0	0	99
++	++	0	+	103
++	0	++	+	108

1. 1.1 Leitbildprozess und Demografiestrategie



Wie kann man es schaffen, im alltäglichen Reagieren auf das, was von außen kommt, die großen Linien nicht aus den Augen zu verlieren? Selbst wenn Bürgermeister, Vereinsvorstand oder Leitungsgremium ganz klare Prioritäten haben, führt dies nicht automatisch zu gezieltem, langfristigem Handeln. Ein Leitbildprozess kann helfen, Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft, also Verbände und Vereine, auf eine gemeinsame Strategie bei der Bewältigung des demografischen Wandels zu verpflichten. In einer offenen Diskussion verständigen sich alle Beteiligten darauf, welche Faktoren am wichtigsten sind und welche Schritte zuerst gegangen werden müssen. Dadurch werden zeitraubende Grundsatzdiskussionen vermieden.

Um den Herausforderungen des demografischen Wandels wirksam begegnen zu können, müssen langfristige Ziele als Demografiestrategien stärker in den Mittelpunkt der Kommunalpolitik gerückt werden. Dazu sind Leitbilder und Zukunftsstrategien notwendig, die die aktive kommunale Entwicklung noch konsequenter auf die neuen Herausforderungen und Chancen fokussieren. Dies erfordert ein ganzheitliches, alle kommunalen Handlungsfelder umfassendes Entwicklungs-, Handlungs- und Führungskonzept. Dazu bedarf es einer tragenden Stadtidee, um die Parameter für die Zielsetzung und die Stadt- und Wirtschaftsentwicklung abzustecken. Je klarer ein solches Leitbild formuliert ist, desto effektiver lässt sich eine chancenorientierte Entwicklung der Kommune im demografischen Wandel gestalten.

Leitfragen

- Wie wirkt sich der demografische Wandel auf uns aus?
- Wie soll unsere Kommune / unser Verband in 20 Jahren aussehen?
- Wer sind unsere Partner bei der Gestaltung der Zukunft?
- Auf welche Schwerpunktthemen konzentrieren wir uns?
- Welche Steuerungsinstrumente nutzen wir für die aktive Gestaltung des demografischen Wandels?
- Woran messen wir unseren Erfolg?

Leitbildprozesse werden meist durch eine externe Moderation begleitet. Das fertige Leitbild ist nicht das Ende des Prozesses, sondern die Grundlage für die zukünftige strategische Steuerung, z. B. in einer Demografiestrategie. Demografiestrategien haben zum Ziel, verbandliches oder kommunales Handeln „demografiefest“ zu machen und Entscheidungen auf langfristige Entwicklungen zu orientieren statt auf die schnell wechselnden Bedingungen des Tagesgeschäfts. Grundsätzlich können Strategien sektoral ausgerichtet sein (z. B. als Strategie für kommunale Familienfreundlichkeit, demografiegerechte Bauplanung, zukunftsgerechte Ver- und Entsorgung usw.) oder auch integriert, d. h. alle Bereiche kommunalen Handelns umfassen.

Zeitlicher Aufwand

Leitbildprozess: ab 3 Monaten

Demografiestrategie: ab 2 Jahren

Der Ablauf

Vorbereitungs- und Informationsphase

- Sensibilisierung der Öffentlichkeit und der Verantwortungsträger für die Relevanz des Themas, z. B. durch Öffentlichkeitsarbeit oder Veranstaltungen
- Erstellung eines kommunalen Demografieberichts, entweder als externes Gutachten oder durch Nutzung vorhandener Informationen und Internet-Portale (s. u.)
- Einrichtung einer Projektsteuerung durch Beschluss der jeweiligen Entscheidungsgremien
- Planung des Ablaufs für den gesamten Prozess
- Auswahl der einzubeziehenden Akteure und ihrer Rolle (Verwaltung, Politik, Unternehmen, Verbände, Vereine, Kirchen, Interessenvertreter, Bürger...)

Auftakt und Ideenfindung

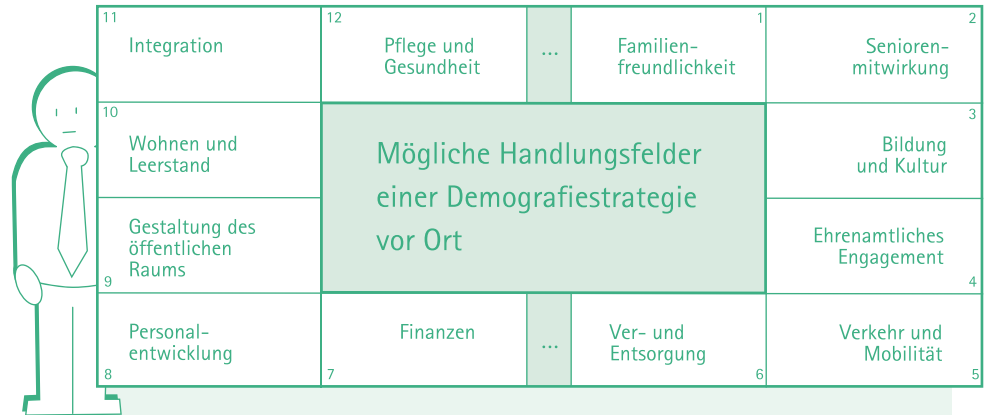
- Auftakt durch eine öffentlichkeitswirksame Veranstaltung
- Bürgerbeteiligung, in Kommunen z. B. durch Bürgercafé, Zukunftskonferenz, Bürgerbefragung u. a., in Verbänden durch Open Space oder moderierte Auftaktveranstaltung
- Festlegung der zu bearbeitenden Themenfelder und Schaffung eines Netzwerkes von Verbündeten

Umsetzungsphase

- Schaffung einer Organisationsstruktur für die weitere Steuerung des Prozesses (z. B. Demografiebeauftragter, Steuerungsgruppe, Dezernat für Demografie, Stabsstelle...), die der Leitungsebene unmittelbar zugeordnet ist
- Festlegung von Kennziffern und Einrichtung einer Berichtspflicht und der Überprüfung der Zielerreichung in regelmäßigen Zeitabständen
- Sicherung kontinuierlicher Bürgerbeteiligung
- Stabilisierung des Netzwerkes der an der Umsetzung beteiligten Akteure

Checkliste Leitbildprozess und Demografiestrategie

- Wer steuert den Prozess? Sind die Kompetenzen dafür ausreichend?
- Demografiestrategie: sektoral oder integral? Welche Dauer, welche Zwischenschritte?
- Wer muss beteiligt werden (Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Zivilgesellschaft)?
- Wie kann ein Netzwerk entstehen und lebendig bleiben?
- Welche Hindernisse sind zu erwarten? Gegenmaßnahmen?
- Was bringt Motivation und fördert den Umsetzungsprozess?
- Wie können Erfolge wirkungsvoll kommuniziert werden?
- Welche Unterstützungsleistungen werden gebraucht?



Hier erfahren Sie mehr

Knieling, Jörg, (2000): Leitbildprozesse und Regionalmanagement. Frankfurt a.M. u. a.: Lang.

www.familienfreundliche-kommune.de

Das Portal des Landes Baden-Württemberg zur strategischen Entwicklung kommunaler Familienfreundlichkeit bietet eine Vielzahl von Best-Practice-Beispielen und Leitfäden für die Strategieentwicklung an, u. a. zur Durchführung von Zukunftswerkstätten Familienfreundliche Kommune.

Viele Beratungsunternehmen bieten ein Prozesscoaching für die Entwicklung eines kommunalen Leitbilds und einer lokalen Demografiestrategie an.

Das Deutsche Institut für Urbanistik (www.difu.de) bietet Fachveranstaltungen und zahlreiche Dokumente und Literaturhinweise für kommunale Handlungsstrategien im demografischen Wandel an.

www.wegweiser-kommune.de

Dieses Internet-Portal der Bertelsmann Stiftung bietet vielfältige Praxishilfen für Kommunen, insbesondere zur automatischen Erstellung eines Demografieberichts und einer Bevölkerungspyramide. Die Bertelsmann Stiftung bietet auch kostenpflichtige Workshops für Kommunen vor Ort an, die systematisch zur Entwicklung einer kommunalen Demografiestrategie führen.

Beispiele für Leitbilder und Demografiestrategien

Bautzen:

www.bautzen.de/dokumente/leitbild2020-low.pdf

Hoyerswerda:

www.demografie.sachsen.de/14847.htm

Landkreis Holzminden (Niedersachsen):

www.landkreis-holzminden.de (Der Landkreis\Zukunftssicherung)

Bielefeld (Nordrhein-Westfalen):

www.bielefeld.de/de/rv/ds_stadtverwaltung/demo

Münster (Nordrhein-Westfalen):

www.muenster.de/stadt/stadtplanung/strategie-demografie.html

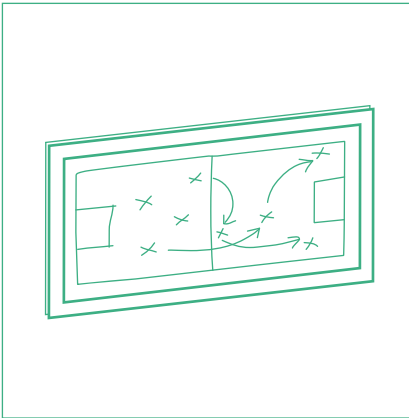
Kassel (Hessen):

www.kassel.de/miniwebs/zukunft/index.html

Weitere Best-Practice-Beispiele für umfassende lokale Demografiestrategien finden sich unter:

www.demographiekonkret.de/Gesamtstrategische_Ansaetze.40.0.html

1.2 Demografiecoach / Kommunaler Demografiebeauftragter



Der Demografiebeauftragte (oder „Demografiemanager“) gibt dem Thema Demografie in der Kommune ein Gesicht. Er (oder sie) entwickelt in Zusammenarbeit mit Verwaltung, Politik und Zivilgesellschaft ein Handlungskonzept. In allen Fragen, die demografische Auswirkungen haben, berät er die kommunalen Entscheidungsträger und unterstützt die Verwaltung. Sein zweites großes Aufgabenfeld ist die Netzwerkarbeit und die Initiierung von Projekten, damit die großen Linien des Handlungskonzepts auch in der kommunalen Praxis umgesetzt werden. Ein Demografiebeauftragter ist also eine Art „Demografiecheck“ auf zwei Beinen und zugleich Netzwerkmoderator und zentraler Ansprechpartner für alle, die sich für ihre Stadt engagieren wollen.

Ein externer Demografiecoach kann auch stärker im Hintergrund den Prozess unterstützen. Er moderiert Veranstaltungen, bereitet sie vor und nach. Weiterhin koordiniert er den Prozessablauf und befördert die Strategieentwicklung und die Ideenfindung.

Besetzung

Die Funktion des Demografiebeauftragten kann von einem Mitarbeiter der Verwaltung übernommen werden, der sich dazu fortbilden lässt. Alternativ kann die Aufgabe auch beispielsweise an einen Bildungsträger oder ein Beratungsbüro vergeben werden, die einen Angestellten für diese Aufgabe abstellen.

Der Ablauf

Phase 1: Demografisches Handlungskonzept

Zu den ersten Aufgaben eines kommunalen Demografiebeauftragten gehört es, sich Wissen über den demografischen Wandel und bereits erprobte Handlungsstrategien anzueignen, um darauf aufbauend ein demografisches Handlungskonzept zu entwickeln. Der Stadtrat diskutiert die darin aufgestellten demografiepolitischen Ziele und ändert sie gegebenenfalls ab. Die verabschiedeten Ziele sind das Fundament, auf dem alle weiteren Maßnahmen fußen.

Phase 2: Steuerungsgruppe einsetzen und Daten erheben

Die nächste Aufgabe des Demografiebeauftragten besteht darin, ein Netzwerk von Akteuren der Zivilgesellschaft und der Kommune aufzubauen, zu denen etwa Bürgermeister, Vorsitzende von Sport- und anderen Vereinen, Kirchenvertreter etc. gehören. Diese Gruppe, deren Zusammensetzung von Stadt zu Stadt variieren kann, stellt eine Art Steuerungsgruppe dar. Sie verständigt sich über Prioritäten der kommunalen Demografieaktivitäten und verschafft so dem Demografiebeauftragten und seinen Vorhaben Akzeptanz. Darüber hinaus stellen die einzelnen Mitglieder Verbindung zu verschiedenen Gruppen der Zivilgesellschaft her. Die Steuerungsgruppe stützt sich in ihrer Arbeit auf Datenerhebungen des Demografiecoaches zur Bevölkerungsentwicklung, aber auch Befragungen zu Teilbereichen des städtischen Lebens, wie z. B. zur Situation verschiedener Altersgruppen.

Phase 3: Konzepte und Maßnahmen entwickeln und umsetzen

Konkrete, auf die besondere Situation der Stadt passende Konzepte lassen sich am besten mit den Bürgern zusammen entwickeln. Durch Befragungen, Informationsveranstaltungen, Zukunftswerkstätten, Fokusgruppen, Bürgergutachten und andere Methoden kann der Demografiebeauftragte den Bürgern einen Zugang zum Thema demografischer Wandel eröffnen, der aktiviert und positive Handlungsimpulse in sich trägt.

Zeitlicher Aufwand

3 Jahre oder mehr

Zur Umsetzung der entstandenen Ideen werden Unternetzwerke z. B. der Sportvereine, der Unternehmen, der Kinder- und Jugendeinrichtungen etc. aktiviert und aufgebaut, die in ihrem Bereich, unterstützt vom Demografiebeauftragten, Aktionen planen und durchführen. Denkbar sind hier Kinderfeste, Patenprojekte, jahreszeitliche Aktionen, Werbung für den Unternehmensstandort und vieles andere mehr.

Phase 4: Wirkung analysieren und Bürger qualifizieren

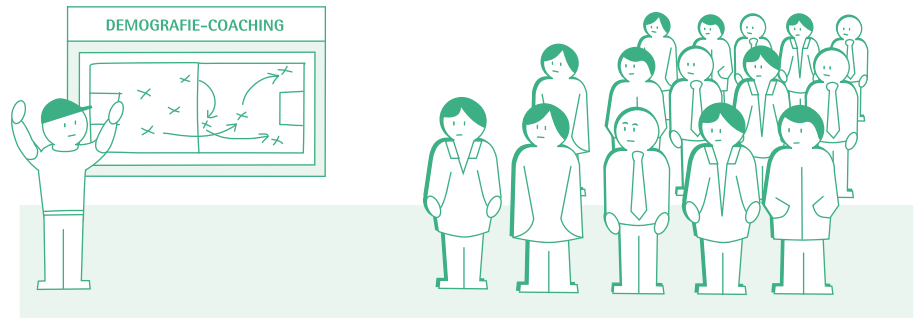
Um die vorhandenen Ressourcen an Zeit, Geld und Engagementbereitschaft möglichst gut zu nutzen, sollten die Wirkungen der einzelnen Projekte und auch die Tätigkeit des Demografiebeauftragten geprüft werden. Dazu bieten sich wiederum Befragungen, aber auch Feedbackrunden und Instrumente der Selbstevaluation an.

In der vierten Phase verlagert sich der Aufgabenbereich auf das Coaching der entstandenen Netzwerke. Durch gezielte Unterstützung, das Heranführen an Aufgaben und Qualifizierung werden die Arbeitskreise befähigt, auch ohne professionelle Organisation und Moderation zukünftig aktiv zu bleiben. Wegen der geringeren zeitlichen Belastbarkeit von Ehrenamtlichen müssen die Aufgaben dabei meist auf viele Schultern verteilt werden. Damit es nicht zu unproduktiven Auseinandersetzungen kommt, ist der Aufbau funktionierender Arbeitsstrukturen mit klaren Absprachen zu Verantwortungsbereichen und Zielen sehr wichtig.

Phasenbegleitend

Der Demografiebeauftragte nimmt an allen relevanten Entscheidungsprozessen teil und sorgt dafür, dass Maßnahmen zunehmend demografiefest werden. Das bedeutet, dass er analysiert, welche Auswirkungen das jeweils vorgeschlagene Verwaltungshandeln auf das Erreichen der gesetzten Ziele hat.

Ein kommunaler Demografiebeauftragter ist also der zentrale Ansprechpartner für demografische Belange und bürgerschaftliches Engagement, er ist Netzwerkmoderator, Projektorganisator und Coach, der für eine qualifizierte kommunale Demografiepolitik und für ihre nachhaltige Umsetzung sorgt.



Checkliste Demografiecoach / Kommunalen Demografiebeauftragter

- Soll Demografiecoaching/-beratung als Auftrag nach außen vergeben werden oder durch Qualifizierung eines Verwaltungsmitarbeiters erfolgen?
- Gibt es eine breite Zustimmung zur Benennung einer solchen zentralen Institution?
- Anforderungsprofil für die Besetzung
 - Guter Draht zum Bürgermeister
 - Kommunikative Persönlichkeit
 - Demografie-Fortbildung
 - Beherrschung verschiedener Moderationsmethoden
 - Gute Allgemeinbildung und Fachkompetenz
- Wer will und wer sollte in der Steuerungsgruppe vertreten sein?
- Gibt es ehrenamtlich Engagierte, die den Demografiecoach unterstützen könnten?

Hier erfahren Sie mehr

Susanne Tatje, die erste Demografie-Beauftragte Deutschlands, hat Leitfäden für verschiedene Handlungsbereiche publiziert. Grundlegend ist:

Zukunft Stadt - Demographische Planung als kommunale Strategie

in: www.kommunale-info.de (Kommunale Online-Bibliothek der Heinrich Böll Stiftung)

Weitere wichtige und interessante Informationen findet man unter:

www.bielefeld.de/de/rv/ds_stadtverwaltung/demo/vero

Inzwischen gibt es nicht nur in Bielefeld, sondern in zahlreichen Städten Demografiebeauftragte - in Sachsen z. B. in Zschopau und Ebersbach/Sa.. Kontaktdaten und Projektberichte aus diesen Städten findet man hier:

www.ebersbach-sa.de/leben-in-der-stadt/leben-in-der-stadt/oeffentliche-einrichtungen.html
www.zschopau.de/online/demografie_projekt/index.htm

Materialien zum Demografiemonitoring, d. h. zur laufenden Datenerhebung und Auswertung als Teil des strategischen Prozesses hat die Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement für Mitglieder kostenlos publiziert:

Materialien: Demografiemonitoring (M 5/2010)(M 5/2010) unter:

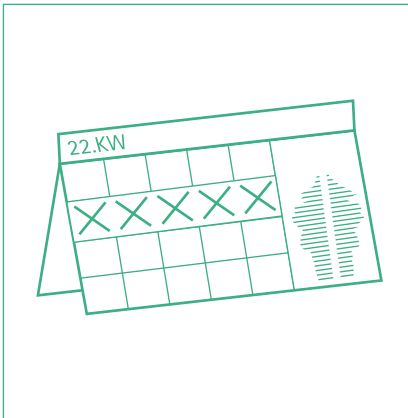
www.kgst.de

Planungshilfen zum Netzwerkaufbau bieten:

Dienel, H.-L.; Reim, D.; Schmithals, J.; Olk, T. (2009): Leitfaden: Stärkung der kommunalen Infrastruktur durch Kooperation von Bürgerinnen und Bürgern, Verwaltung und Unternehmen, hg. v. Deutscher Städte- und Gemeindebund 2009.

www.netzwerk-kompetenz.de: Virtuelles Netzwerkkompodium, in dem Theorie und Praxis der Zusammenarbeit in Netzwerken dargestellt werden - basierend auf den Ergebnissen der wissenschaftlichen Begleitforschung regionaler Netzwerke.

1.3 Demografietage / Themenwoche Demografie



Demografischer Wandel – „das ist doch noch ganz weit weg“ oder „da kann man sowieso nichts machen“. So reagieren häufig Bürger und Verantwortungsträger, wenn sie mit diesem Thema erstmalig konfrontiert werden. Dass konkretes Handeln nicht nur angeraten, sondern auch umsetzbar ist, kann durch eine Veranstaltungsreihe wirksam verdeutlicht werden. Mit kommunalen Demografietagen oder auch einer ganzen Themenwoche zum Thema Demografie sollen viele Menschen in einer Kommune für die Konsequenzen des demografischen Wandels sensibilisiert werden. Politik, Verwaltung und Bürger beginnen ein Gespräch über konkrete Gestaltungsmöglichkeiten vor Ort.

Eine attraktive Veranstaltungsreihe auf kommunaler Ebene bringt das Thema des demografischen Wandels in die Öffentlichkeit und führt zur Vernetzung der wichtigsten Akteure. Demografietage oder eine Themenwoche sind ein Einstieg in die Erarbeitung einer langfristigen Strategie und der Ausgangspunkt für konkrete Projekte. Gemeinsam sollen Probleme in verschiedenen Bereichen, wie z. B. Schule, medizinische Versorgung, Mobilität, Wohnen und Fachkräftebedarf, erörtert werden. Im Mittelpunkt stehen Fragen wie das kreative Miteinander der Generationen, neue Angebote für die „aktiven Senioren“, die zukünftige Gewährleistung der Versorgung mit Produkten und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs sowie die bessere Vernetzung von Angeboten der Kommune, von Vereinen und weiteren öffentlichen oder privaten Einrichtungen.

Ein Demografietag oder eine Demografiewoche kann sich einem oder auch mehreren wichtigen Handlungsfeldern widmen. Im Rahmen einer Themenwoche kann zum Beispiel an jeweils einem Tag ein wichtiges Thema behandelt werden.

Zeitlicher Aufwand

Zeitlicher Aufwand: 4–6 Monate (inkl. Vorbereitungszeit, Durchführung, Dokumentation der Diskussionsergebnisse und Maßnahmeempfehlungen)

Der Ablauf

- Initiierung bzw. Unterstützung durch den Bürgermeister sichern (z. B. durch Schirmherrschaft)
- Verständigung über zentrale Eckpunkte: Themenauswahl, Umfang (ein Tag oder mehrere Tage), Terminfindung, externe Unterstützung durch Agentur bei Moderation, Koordination, Organisation und Durchführung überlegen
- Bildung eines Organisationsteams mit Vertretern der ausgewählten Themenfelder
- Überlegung der Veranstaltungsformate: Vorträge, Diskussionsrunden, Beratungen, kreative Beiträge wie Theaterstücke, Ausstellungen usw.
- Bestimmung der einzubeziehenden Akteure und ihrer Rolle (Verwaltung, Politik, Unternehmen, Verbände, Vereine, Kirchen, Interessenvertreter, Bürger...)
- Planung des Ablaufs und der Organisation, Aufgabenverteilung und Zuständigkeiten
- Umfangreiche Öffentlichkeitsarbeit und Einladeaktionen zu den Veranstaltungen
- Dokumentation und Berichterstattung während und nach den Demografietagen
- Nachbereitungstreffen zur Auswertung und Planung nächster Schritte

Checkliste Demografietage / Themenwoche Demografie

- Unterstützung des Bürgermeisters sichern
- Frühzeitige Planung und Terminabstimmung mit den Beteiligten
- Einrichtung einer koordinierenden Vorbereitungsgruppe mit Vertretern der Handlungsfelder
- Finanzierung und externe Moderation abklären
- Intensive Öffentlichkeitsarbeit vor und nach der Veranstaltung, ggf. Medienpartnerschaft eingehen
- Weiterarbeit mit den Ergebnissen: Auswertung der Veranstaltung in der Vorbereitungsgruppe, Planung von weiterführenden Gesprächen und Veranstaltungen, Konkretisierung vorge-schlagener Maßnahmen

Hier erfahren Sie mehr

In Hessen wurden im Jahr 2008 unter der Bezeichnung „Demographie-Dialoge“ in 15 Kommunen und 5 Landkreisen Demografietage durchgeführt.

In Sachsen-Anhalt haben in allen Landkreisen seit 2008 gemeinsam mit dem Ministerium für Gesundheit und Soziales „Regionale Demografie-Werkstätten“ stattgefunden:


www.sachsen-anhalt.de/LPSA/index.php?id=28647

Demografietage wurden in Baden-Württemberg z. B. in den Kommunen Schwetzingen, Lindau und Heddeshelm veranstaltet. Diesbezügliche Informationen und Kontakte sind zu finden auf:

www.demografietage.de

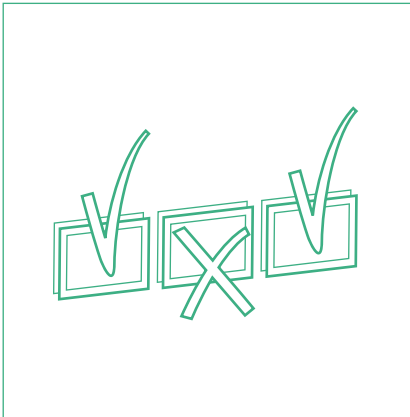
Die Stadt Rheine in Nordrhein-Westfalen hat unter der Bezeichnung Zukunftsforum 2020 eine Veranstaltungsreihe zur Demografie durchgeführt:

www.rheine.de



ZEITRAUM	PROGRAMM
9.00 Uhr	Begrüßung, Ziele und Programmvorstellung
9.15 Uhr	Grüßwort und Input „Auswirkungen des Demografischen Wandels für die Kommune“ Bürgermeister/in
9.45-12.30	Thema 1 – Jung und Alt zusammen: Generationen verbinden Fachlicher Input und Vorstellung von guten Beispielen Transfer-Workshop: Diskussion Probleme und Lösungsansätze
12.30-14.00	Mittag, parallel Marktplatz (Informations- und Beratungsangebote)
14.00-16.30	Thema 2 – Alt, aber nicht einsam: Kommunale Netzwerke verbessern die Versorgung Pflegebedürftiger Fachlicher Input und Vorstellung von guten Beispielen Transfer-Workshop: Diskussion Probleme und Lösungsansätze
16.30-18.00	Generationen-Theaterstück
18.00 Uhr	Abschluss und Ausklang

1.4 Demografiecheck



Nicht selten sieht es so aus: Auf der einen Seite sind sich alle einig, dass der demografische Wandel bei kommunalen Investitionen oder Planungen berücksichtigt werden muss, dass also z. B. lieber ein Nordic-Walking-Pfad gebaut werden sollte als eine Leichtathletik-Anlage. Auf der anderen Seite gibt es aber starke Interessen an bestimmten Investitionen, z. B. durch Vereine, Verbände oder Lokalpolitik. Wie kann dafür gesorgt werden, dass wenigstens die Richtung stimmt, dass also langfristige öffentliche Investitionen wirklich demografiefest sind und nicht nur für den Augenblick attraktiv?

Hier kann die Einführung eines Demografiechecks helfen. Ein Demografiecheck ist ein relativ leicht handhabbares Instrument, das auch Nachhaltigkeitsaspekte und bürgerschaftliches Engagement mit einschließen kann. Dieses Instrument dient dazu, Investitionsentscheidungen und Förderentscheidungen demografisch nachhaltig zu gestalten. Investitionen sollen nur bei Strukturen erfolgen, die

- auch in 20 Jahren noch nachhaltig genutzt werden können und
- die auf die veränderte Alterszusammensetzung der Bevölkerung Rücksicht nehmen.

Dazu gehören

- Analyse der gegenwärtigen und zukünftigen demografischen Situation im räumlichen Umfeld des Förderobjekts, Analyse der zukünftigen Auslastung
- Nutzungspläne in Zusammenarbeit mit vorhandenen Strukturen
- Bezugnahme auf zivilgesellschaftliche Strukturen (Ehrenamt)
- Konzept für die Veränderung der Nutzung im Zuge der Alterung der Bevölkerung
- Multifunktionale Nutzungen, z. B. von Gebäuden oder technischen Anlagen

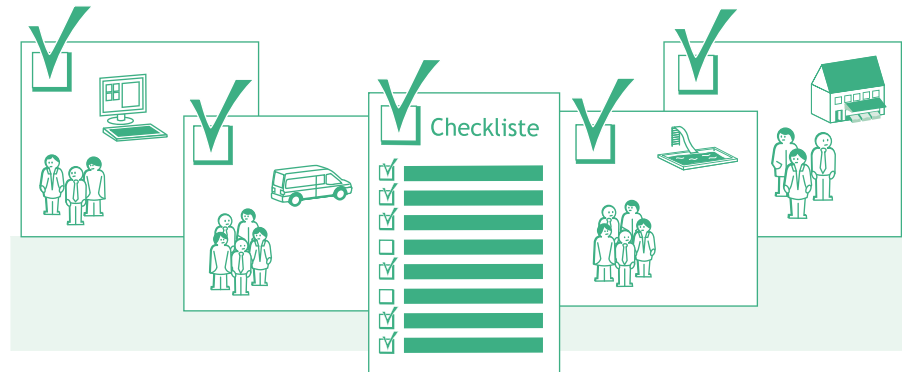
Ein Demografiecheck kann entweder generell für alle Förderentscheidungen einer Kommune beschlossen werden, oder aber für ausgewählte Bereiche, z. B. als Demografiecheck für bauliche Maßnahmen, für Sportanlagen, soziale Einrichtungen oder ähnliches.

Beispiel: Die Stadt Sangerhausen in Sachsen-Anhalt

Die Stadt Sangerhausen hat ihre Sportstättenplanung in mehreren Workshops mit dem zuständigen Ministerium, dem Landesverwaltungsamt und einer Beratungsagentur demografiefest entwickelt. Hierzu wurde ein Erhebungsbogen für statistische Daten und ein Fragebogen mit sechs Themenbereichen entwickelt, der von mindestens vier Personen des Antragstellers (z. B. Vertreter von Politik, Verwaltung, Sportorganisationen; darunter Männer und Frauen) ausgefüllt werden muss.

Themenbereiche des Fragebogens:

- Demografische Entwicklung und Bedarfsgerechtigkeit (Zusammensetzung der Bevölkerung, Sportverhalten, Bedarfsnachfrage)
- Sozialverträglichkeit (Gemeinnutzen, Familienfreundlichkeit, Generationenangemessenheit, Integration, Barrierefreiheit, Gender Mainstreaming)
- Alltagstauglichkeit (Wegezeit, Sicherheit, Sauberkeit, Stadtbildgestaltung, Ästhetik)
- Umweltverträglichkeit (Lärmschutz, Erreichbarkeit mit ÖPNV, Energieeinsatz, Materialeinsatz, Natur und Landschaft)
- Erwünschte Synergieeffekte
- Wirtschaftlichkeit



Zeitlicher Aufwand

Vorbereitung und Beschluss 3 Monate, Durchführungszeitraum 1 Jahr oder länger.

Der Ablauf

Analyse und Vorbereitung

- Auswertung vorhandener Analysen zur Ausgangssituation im Ort und im Einzugsbereich
- Klärung, ob und für welche Bereiche ein Demografiecheck wichtig sein könnte. Insbesondere bei strittigen Förder- oder Investitionsentscheidungen sollten rationale Argumente den Konflikt entschärfen.
- Erarbeitung von konkreten Kriterien und deren Gewichtung

Beschluss und Einführung

- Beschluss bzw. Erlass der verbindlichen Einführung des Demografiechecks für den gewünschten Bereich. Ohne verbindliche Grundlage ist der Demografiecheck wirkungslos, denn er muss sich gegen vielfältige andere Interessen durchsetzen.
- Erarbeitung von Formularen für die Antragsteller, in denen sie zu den Kriterien Stellung nehmen müssen. Diese Formulare sind der Antragstellung beizufügen.
- Auswertung und Bescheidung der Anträge nach den zuvor beschlossenen demografierelevanten Kriterien

Umsetzung und Evaluation

- Einführung des Demografiechecks zunächst für einen begrenzten Zeitraum (z. B. drei Jahre oder für ein bestimmtes Förderprogramm)
- Anschließend Auswertung und Überarbeitung erkannter Schwachstellen, um den Demografiecheck noch praxisgerechter zu gestalten
- Zeitlicher Aufwand: Vorbereitung und Beschluss drei Monate, Durchführungszeitraum ein Jahr oder länger

Checkliste Demografiecheck

- Stehen die politisch Verantwortlichen hinter der Einführung des Demografiechecks?
- Wie kann die Beteiligung der Betroffenen und der Bürger bei der Erarbeitung gewährleistet werden (wichtiges Erfolgskriterium!)?
- Welche Investitionen oder Fördermaßnahmen müssten am dringlichsten einem Demografiecheck unterworfen werden?
- Welche Organisationseinheit in der Verwaltung kann den Check erarbeiten?
- Wie kann seine Einführung verbindlich durchgesetzt werden?
- Wie kann es gelingen, dass die Ergebnisse wirklich berücksichtigt werden und nicht durch andere Faktoren oder Interessen überlagert werden?
- Ist an Öffentlichkeitsarbeit und Begleitung des Verfahrens gedacht?

Hier erfahren Sie mehr

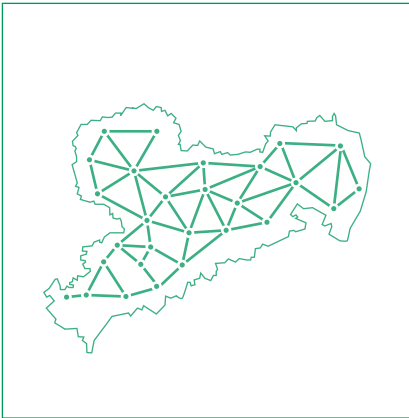
Einführung eines Demografiechecks für die Sportstättenplanung in der Stadt Sangerhausen „Sport bewegt Sangerhausen“.

www.stadt.sangerhausen.de

Studie über die Möglichkeiten zur Einführung eines „Demografie-TÜV“ für die ESF- und EFRE-Programme der Europäischen Strukturfonds in Sachsen-Anhalt.

www.mlv.sachsen-anhalt.de (>Fachthemen>Demografischer Wandel)

1.5 Demografie-Netzwerke



Es könnte alles so einfach sein: Mehrere Kommunen teilen sich den Bauhof, das Schwimmbad, die Sporthalle und die Kita. So bleiben die Angebote auch bei sinkender Bevölkerungszahl erhalten. Praktiker wissen: So einfach ist das nicht. Interkommunale Zusammenarbeit ist kein Selbstläufer. Dennoch: Sich über die Ortsgrenzen hinaus mit anderen zu vernetzen, erweitert den Handlungsspielraum und die Gestaltungsmöglichkeiten von Kommunen im demografischen Wandel.

Die Vorteile von interkommunalen Netzwerken liegen auf der Hand:

- Ressourcen und Einrichtungen (und die entsprechenden Kosten) werden geteilt
- Aufgabenteilung bei der Entwicklung von Konzepten und Projekten
- Mehr Dynamik durch Austausch und gegenseitiges Feedback
- Entwicklung einer gemeinsamen Regionalidentität als Basis für gemeinsame Standortpolitik
- Basis an Aktiven wird vergrößert
- Vertrauensbasis für gemeinsame Infrastrukturprojekte wird geschaffen

Interkommunale Netzwerke gibt es auf verschiedenen Ebenen und mit unterschiedlichen Aufgabenzuschritten. Als Beispiel sei hier das interkommunale Netzwerk „Städtenetzwerk Oberlausitz“ des Oberzentralen Städteverbundes Bautzen-Görlitz-Hoyerswerda genannt. Aktiv in diesem Netzwerk sind vor allem Verwaltungsmitarbeiter der beteiligten neuen Mittelzentren bzw. Teilerzentren. Hier werden neue Formen der Kooperation und Arbeitsteilung in regionaler Verantwortung erprobt (z. B. „fliegende Werkstatt“ = gegenseitige Beratung). Die Netzwerke sind in ihrer Zielsetzung aufeinander abgestimmt, greifen ineinander und arbeiten zusammen.

Ablauf

Gerade unter Schrumpfungsbedingungen neigen Städte und Gemeinden dazu, sich in Konkurrenz zu den Nachbargemeinden, Verwaltungs- und Versorgungsfunktionen zu verhalten. Gegen diese Logik der Interessengegensätze muss sich der Gedanke des gegenseitigen Nutzens in Netzwerken erst durchsetzen.

Phase 1: Netzwerkpartner gewinnen und ein gemeinsames Leitbild entwickeln

Zu Anfang wird ein Netzwerkmoderator installiert, dessen Hauptaufgabe es ist, Mitglieder durch persönliche Einladung zu rekrutieren. Zur Phase des Netzwerkaufbaus gehört nicht nur die Partnerwahl, sondern auch die Entwicklung einer gemeinsamen Netzwerkidentität und von gemeinsamen Zielen. Dazu sollte geklärt werden, welche Ziele jeder einzelne verfolgt, welchen Nutzen er sich erhofft und was er einbringen kann. Darauf aufbauend lässt sich ein gemeinsames Leitbild entwickeln. Der Gemeinschaftscharakter des Netzwerks wird durch die Anwendung partner-schaftlicher Methoden der Begegnung und des Erfahrungsaustausches in dieser Phase sehr gefördert.

Phase 2: Arbeitsstrukturen und Formen der Zusammenarbeit etablieren

Die zweite Phase dient vor allem der Organisationsentwicklung. Es werden Vereinbarungen getroffen über die Rhythmen der Zusammenarbeit und die Themen, die bearbeitet werden sollen. Funktionen der einzelnen Mitglieder werden ausgehend von ihren Ressourcen und Kompetenzen festgelegt, Arbeitsgruppen nehmen ihre Arbeit auf.

Phase 3: Stabilisierung und evtl. Erweiterung des Netzwerks

Nachdem das Netzwerk und seine Arbeitsstrukturen aufgebaut sind, kann die Kooperation realisiert werden. Wichtig ist, dass regelmäßig gemeinsam geprüft wird, wie zufrieden die Partner mit

Zeitlicher Aufwand

mindestens 3 Jahre

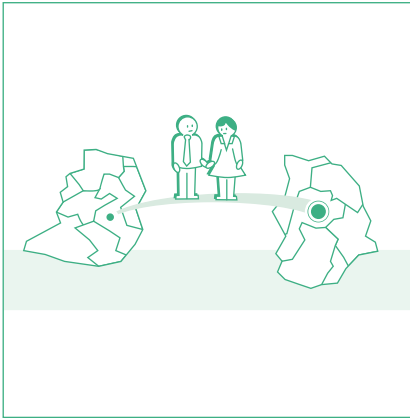
der Arbeit sind und ob sich neue Aufgaben ergeben haben, die eventuell neue Formen der Zusammenarbeit erfordern. Auch die Netzwerkzusammensetzung sollte entsprechend der (sich wandelnden) Aufgaben gelegentlich reflektiert werden – es muss möglich sein, ohne Gesichtsverlust als Kommune aus einem Netzwerk auch wieder auszutreten; umgekehrt müssen auch Neumitglieder hinzukommen können. Ein Controlling, das Prozess- und Ergebnisorientierung gleichermaßen berücksichtigt, hält das Netzwerk ebenso lebendig wie gelegentliche „Innovationsworkshops“, bei denen kreativ künftige Entwicklungen antizipiert werden. Ein etabliertes und stabiles Netzwerk kann auch aus dem Austausch mit vergleichbaren Netzwerken neue Anregungen bekommen.

Phase 4: Vorbereitung der Selbständigkeit des Netzwerks

Durch die Zusammenarbeit sollte so viel Vertrauen gewachsen sein, dass ein strikt neutraler Moderator auf Dauer nicht nötig ist. Gemeinsam muss in dieser Phase überlegt werden, wie die Arbeitsstrukturen und Formen angepasst werden müssen, wenn der Netzwerkmoderator ausscheidet. Weil dessen Aufgaben künftig ehrenamtlich oder zusätzlich zu anderen hauptamtlichen Tätigkeiten geleistet werden müssen, muss geprüft werden, wie oft sich das Netzwerk künftig treffen soll, wer Aufgaben wie Einladung, Vorbereitung, Moderation und Dokumentation von Netzwerktreffen leisten soll. Eventuell empfiehlt es sich, eine Leitungsgruppe einzusetzen. Die Netzwerkpartner, die Funktionen des Netzwerkmoderators übernehmen, brauchen dafür eine Qualifizierung oder ein Coaching.

Erfolgsfaktor externe Moderation

Ein externer Moderator, der wegen seiner strikten Neutralität das Vertrauen aller Netzwerkpartner genießt, hat sich als Erfolgsfaktor für den Aufbau von Netzwerken erwiesen. Aufgrund seiner sachlichen Kompetenz kann er zudem inhaltliche Impulse für die Arbeit setzen und geeignete Management- und Moderationsmethoden einführen.



Checkliste Demografie-Netzwerke

- Welches Ziel hat das Netzwerk?
- Welche Partner sollten mit dabei sein?
- Aus welchem Grund?
- Welche Partner wären problematisch?
- Was bringt jeder einzelne ein?
- Welche Themen sollen bearbeitet werden?
- Woran soll der Erfolg gemessen werden?
- Welche Vorteile bringt die Zusammenarbeit für die Partner?

Hier erfahren Sie mehr

www.netzwerk-kompetenz.de

Teller, Matthias und Longmuß, Jörg (2007): Netzwerkmoderation – Netzwerke zum Erfolg führen, Ziel Verlag Augsburg.

Informationen über die Netzwerke in der Region Oberlausitz sind erhältlich unter:

www.demografie.sachsen.de/5949.htm

www.demografie.sachsen.de/5947.htm

www.demografie.sachsen.de/5946.htm

www.demografie.sachsen.de/10797.htm

2.

2.1 Einfache Methoden der Bürgerbeteiligung

In den anderen Kapiteln sind bewährte Verfahren der Bürgerbeteiligung ausführlich beschrieben. Neben diesen eher umfangreichen Projekten sind auch relativ einfache, punktuelle Maßnahmen möglich, um eine Einbeziehung der Bürger vor Ort zu ermöglichen. Die hier vorgestellten Maßnahmen erfordern weniger zeitlichen und finanziellen Aufwand und sind allemal „besser als nichts“, wenn es darum geht, kontroverse Entscheidungen zu fällen.

Bürgerbefragung

Die einfache Befragung von Bürgern (in Interviews, am Telefon oder schriftlich) ist ein nahe liegender, aber oft sehr wirksamer Bestandteil zur Innovation in kommunaler Politik. Denn hier können ganz konkret die Interessen der Beteiligten vor Ort erfragt und dann auch kommuniziert werden. Eine Bürgerbefragung sollte stets von intensiver Öffentlichkeitsarbeit, begleitender Berichterstattung, öffentlichen Diskussionen usw. flankiert sein. Damit wird die Akzeptanz der Bürger für geplante Neuerungen erheblich befördert. Befragungen werden zumeist als Auftrag vergeben oder durch externe Kräfte durchgeführt (Studierende, Praktikanten); die Begleitung muss die Kommune jedoch selbst steuern.

Bürgerversammlung / Bürgerwerkstatt

Die Bürgerwerkstatt findet zunächst in Form einer Auftaktveranstaltung (Bürgerversammlung) statt. Bürgerversammlungen sind eine einfach durchzuführende, verbreitete Beteiligungsform für neue Vorhaben auf kommunaler Ebene. Die richtige Vorbereitung und Durchführung entscheidet

Zeitlicher Aufwand

1 Woche – 3 Monate. Einfache Formen der Bürgerbeteiligung sind durch eine einmalige Veranstaltung realisierbar.

jedoch über den Erfolg. Als Bürgerwerkstatt betont dieses Instrument weniger die Information als die Mitwirkung und Mitgestaltung der Bürger.

Beispiel: Viele Senioren in einem Ort trauen sich abends nicht mehr auf die Straße. Um die Gründe für die Ängste der Älteren zu erfragen, engagiert die Stadtverwaltung drei studentische Praktikanten. Sie besuchen Senioren und jüngere Menschen in der Stadt und fragen nach beängstigenden Erlebnissen, „finsternen“ Ecken, bedrohlich empfundenen Verhaltensweisen von Menschen und bitten die Befragten zu einem gemeinsamen Gespräch. In der öffentlichen Bürgerversammlung im Rathaus tragen die Studenten ihre Ergebnisse vor. Das Verfahren gibt auch den Menschen eine Stimme, die sich ungern in einer öffentlichen Versammlung äußern.

Der Ablauf

- 1. Teil: Die Moderatoren besuchen im Rahmen einer Befragung Bürger, um mit ihnen über ein spezifisches Thema ins Gespräch zu kommen. Dabei werden zunächst Situationseinschätzungen und Problemdefinitionen erfragt und danach Ideen zu möglichen Problemlösungen entwickelt. Außerdem bitten die Moderatoren um Teilnahme an einer Bürgerversammlung.
- 2. Teil: Die Besuchten und Interviewten kommen zu einer Bürgerversammlung zusammen. Diese moderierte Veranstaltung dient dazu, dass die Eingeladenen das loswerden, was sie ärgert, belastet oder quält und sich durch Kritik die Motivation entwickelt, an bestimmten Problemlösungen für ihre Stadt oder ihren Stadtteil aktiv selbst weiterzuarbeiten. Dort tragen die Befragter auch ihre Erkenntnisse aus der Befragung vor.
- Verstetigung: Zur Bürgerwerkstatt wird die Bürgerversammlung, wenn sie sich zunehmend auf zukünftige Gestaltungsfragen orientiert, sie kann Ausgangspunkt einer Bürgerinitiative werden.

Zeitlicher Aufwand

1 Woche – 3 Monate. Einfache Formen der Bürgerbeteiligung sind durch eine einmalige Veranstaltung realisierbar.

BürgerCafé

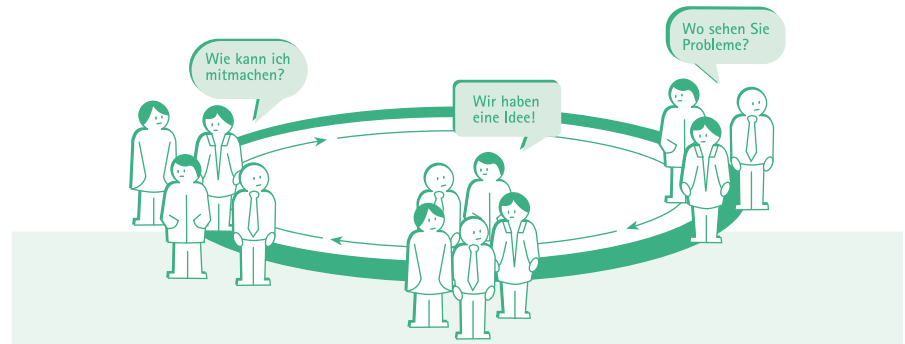
Bürger wissen oft mehr, als Kommunalpolitik und –verwaltung ihnen zutrauen. Deshalb sollen Menschen miteinander in ein konstruktives Gespräch zu Themen gebracht werden, die für die Teilnehmenden relevant sind. Es geht darum, in Veränderungsprozessen möglichst viele Beteiligte zu Wort kommen zu lassen und ihnen so Mitwirkung und Engagement zu ermöglichen. Die Ergebnisse des BürgerCafés können für Planungsprozesse aufgearbeitet werden.

Die Methode des BürgerCafés ist besser bekannt unter dem Namen WorldCafé. Dahinter verbirgt sich eine sehr einfache und von Laien durchzuführende Form der Moderation eines Gesprächs, bei dem Interessierte und Betroffene gemeinsam neue Ideen entwickeln. Die Methode ist ideal als einladender Einstieg in das Thema geeignet.

Der Ablauf

- Fragestellungen erarbeiten: In einer Vorbereitungsgruppe klären, was das BürgerCafé bezwecken soll. Drei bis maximal fünf wirklich relevante Fragen formulieren, über die diskutiert werden soll
- Attraktive Einladungen versenden
- Einen Raum einladend herrichten. Für die Methode sind Caféhaustische oder andere, möglichst runde Tische wichtig, an denen Gruppen von fünf bis sieben Bürgern im Kreis sitzen können
- Tische mit Papierbögen bespannen und Stifte auslegen

- Sitzungsdauer zwei bis drei Stunden; je Tisch eine Fragestellung. Diskussionsleitung an den Tischen durch einen Moderator. Zwischenergebnisse auf den Tisch schreiben. Nach 20 Minuten Tischwechsel für alle Teilnehmenden; Moderatoren bleiben sitzen und führen die neue Tischgruppe kurz in die bisherigen Diskussionspunkte ein.
- Abschlusspräsentation der Ergebnisse durch die Moderatoren, anschließend schriftliche Auswertung und Kommunikation der Ergebnisse
- Möglichkeiten zur Weiterarbeit mit den Ergebnissen überlegen



Hier erfahren Sie mehr:

Übersichten über verschiedene Beteiligungsformen und ihre Einsatzmöglichkeiten finden Sie auf folgenden Webseiten:

www.buergergesellschaft.de

www.partizipative-methoden.de

Eine einfache Anleitung zur Durchführung eines WordCafés / BürgerCafés finden Sie hier:

www.theworldcafe.com/translations/Germancafetogo.pdf

Praxistaugliche Anleitungen für die verschiedenen Verfahren sind auch in folgendem Buch zu finden:

Hinte, W. & Karas, F. (Hg.): Studienbuch Gruppen- und Gemeinwesenarbeit: Luchterhand.
S. 41-66.

2.2 Zukunftswerkstatt



Der demografische Wandel ist ein so komplexes Thema, dass es oftmals nicht leicht ist, überhaupt einen Anfang zu finden und sich eigene, für die spezielle Situation vor Ort passende Ziele zu setzen. Eine Zukunftswerkstatt kann hier der richtige Einstieg sein. Sie dient dazu, Situationen und Probleme von allen Seiten und kritisch zu beleuchten, verschiedenste Utopien zu entwerfen und Wege zur Verwirklichung dieser Utopien zu finden. Mit ihrem schnell vermittelbaren und zeitlich flexiblen Ablauf ist die Methode seit Jahrzehnten in unterschiedlichen Bereichen bewährt. Eine Zukunftswerkstatt kann den Kreislauf aus Alltagsroutine, Resignation oder Selbstzensur durchbrechen; Menschen werden kreativ und sehen plötzlich neue Lösungen. Durch ein Drei-Phasen-Konzept wird ein relevantes Thema oder Problem so bearbeitet, dass sich neues Handlungspotenzial entwickelt: In der Kritikphase bestimmt die Gruppe durch kritische Aufarbeitung den Ist-Zustand. In der Phantasiephase entsteht durch Anleitung zum kreativen Wünschen und Ausgestalten von Utopien ein neuer Möglichkeitshorizont. In der Verwirklichungsphase werden realisierbare Handlungsperspektiven und Strategien abgeleitet.

Ein Beispiel

Die Kosten für die Schwimmhalle können von der Kommune nicht mehr allein getragen werden. Außerdem beschwerten sich ältere Mitbürger über die Öffnungszeiten – sie möchten lieber sehr früh morgens schwimmen gehen. Um neue Wege beim Betreiben der Schwimmhalle zu gehen, wird eine Zukunftswerkstatt einberufen. Nach der Kritikphase werden in der zweiten Phase mehrere Visionen entwickelt, z. B. Visionen für das Betreiben der Schwimmhalle durch den

Zeitlicher Aufwand

2–4 Wochen

Sportverein, für die Einbeziehung älterer Ehrenamtlicher, für die Kooperation mit Nachbarorten, für eine Umgestaltung in ein Wellness-Center, für die Schwimmhalle als neues Gesundheitszentrum für alle Generationen. Dann werden die Ideen konkretisiert: Eine kommunale Kooperation wird verabredet, der Sportverein entwickelt ein Wirtschaftskonzept, lokale Unternehmen werden für die Mitwirkung interessiert. Aus der Realisierungsphase der Zukunftswerkstatt wird ein mehrjähriger Weg. Der Ort behält seine Schwimmhalle.

Der Ablauf

Vorbereitung

- Vorbereitung und Organisation der Zukunftswerkstatt von einem Team oder durch ein externes Institut
- Themenbestimmung
- Festlegung von Termin und Ort, Einladung der Teilnehmenden

Durchführung

Die Methode gliedert sich in drei Hauptphasen:

In der **Kritik- bzw. Beschwerdephase** beleuchten die Beteiligten einer Zukunftswerkstatt das Thema gemeinsam kritisch. Negative Aspekte, schlechte Erfahrungen und Ärger bezüglich des Themas kommen zur Sprache. In einer Art Brainstorming schreiben die Beteiligten all diese Dinge auf Kärtchen, die anschließend im Plenum vorgestellt und geordnet werden. Die dadurch identifizierten Themengebiete sind Basis der nächsten Phase.

In der anschließenden **Utopie- oder Phantasiephase** stehen Phantasie, Wünsche und Visionen im Vordergrund. Die Teilnehmenden der Zukunftswerkstatt treten zu Kleingruppen zusammen und er-

arbeiten Leitbilder für je eines der in der ersten Phase erarbeiteten Themengebiete. Diese Leitbilder werden auch visuell dargestellt und im Plenum präsentiert.

Die **Realisierungsphase** holt die Beteiligten wieder in die Gegenwart zurück. Ihre utopischen Entwürfe werden – wiederum in Kleingruppen – auf ihre Umsetzungsmöglichkeiten geprüft. Es gilt, realisierbare Lösungsansätze und Handlungsstrategien zu entwickeln und zu konkretisieren.

Die Moderation führt durch die einzelnen Phasen. Die Moderatoren übernehmen die Rolle der Unterstützer und „Verstärker“ der Teilnehmer. Charakteristisch für eine Zukunftswerkstatt ist die permanente Protokollierung und Visualisierung der Arbeit, alle Beiträge werden stichwortartig festgehalten.

Nachbereitung

Im Anschluss an die Werkstatt wird eine Dokumentation erstellt und den Beteiligten wie Verantwortungsträgern für das entsprechende Thema zugestellt. Oftmals folgt nun ein langfristiger Veränderungsprozess.

Checkliste Zukunftswerkstatt

- Welches Problem brennt uns am meisten unter den Nägeln? Haben wir Veränderungswillen?
- Wer soll teilnehmen (nicht mehr als 25 Teilnehmende)? Sollten mehrere Werkstätten parallel mit gemeinsamem Plenum vorgesehen werden?
- Gibt es einen geeigneten Raum zur Durchführung?
- Wer kann die Zukunftswerkstatt professionell moderieren?
- Wie können die Ergebnisse der Zukunftswerkstatt in einen Veränderungsprozess überführt werden?

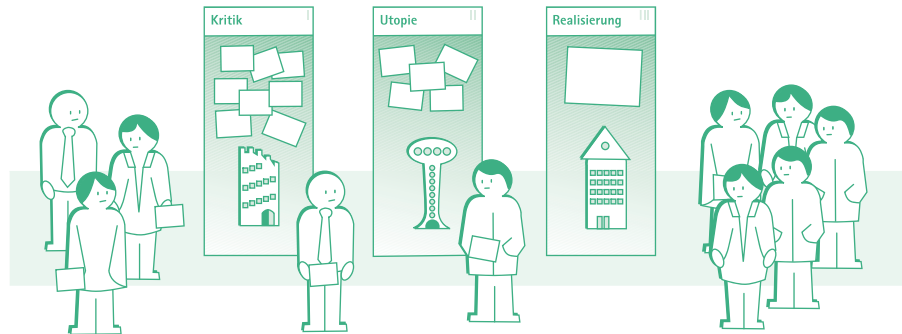
Hier erfahren Sie mehr

Jungk, R. & Müllert, N.R. (1989): Zukunftswerkstätten. Mit Phantasie gegen Routine und Resignation. München, Heyne.

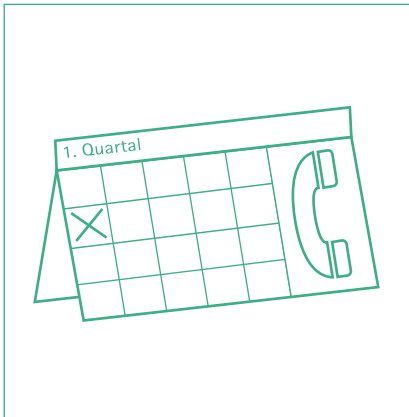
Kuhnt, B. & Müllert, N.R. (2006): Moderationsfibel: Zukunftswerkstätten verstehen - anleiten - einsetzen. Neu-Ulm, AgSpak.

www.familienfreundliche-kommune.de

U. a. Leitfaden zur Durchführung von Zukunftswerkstätten Familienfreundliche Kommune.



2.3 Fokusgruppen / Bürgerpanel



Was denken „die“ Bürger und Bürgerinnen? In vielen Fällen wünschen sich kommunale Verantwortungsträger ein „repräsentatives“ Meinungsbild. Fokusgruppen und Bürgerpanel sind zwei Instrumente, um aktuelle Problemlagen, Problemlösungserwartungen und Akzeptanzbereitschaft aufzuspüren. Die Ergebnisse können kommunale Entscheidungsprozesse unterstützen.

Ein Bürgerpanel umfasst im Unterschied zu Einzelbefragungen die Bildung einer festen, möglichst repräsentativen Befragungsgruppe von bis zu 1.000 (aber auch deutlich weniger) Personen, die für einen längeren, aber befristeten Zeitraum an regelmäßigen Befragungen (z. B. zwei bis dreimal im Jahr) zu lokalen Themen teilnehmen. Dabei werden die Befragungen inhaltlich und zeitlich mit der Agenda von Rat und Verwaltung abgestimmt. Ein Dialog zu den wichtigen Entscheidungsfragen der Kommune wird somit möglich. Die Auswahl der Teilnehmer erfolgt als Zufallsauswahl auf Basis des Melderegisters oder als Quotenauswahl. Das Ziel ist, die Wohnbevölkerung repräsentativ abzubilden und vor allem auch solche Personen einzubeziehen, die sich von allein nicht an öffentlichen Diskussionen beteiligen würden.

Fokusgruppen sind moderierte Gruppendiskussionen mit fünf bis zehn Teilnehmenden. Fokusgruppen können als Auftakt zur Entwicklung der Befragungsthemen bzw. -fragen eingesetzt werden oder als ergänzende Methode zur vertiefenden Diskussion von einzelnen Befragungsergebnissen. Gerade bei komplexeren Sachverhalten können damit zusätzliche Informationen über Meinungen und Einschätzungen gewonnen sowie eine intensivere Bürgerbeteiligung ermöglicht

Zeitlicher Aufwand

ca. 2 Monate (Vollzeit) für eine Panel-Befragung, 1 Woche für die Vorbereitung, Durchführung, Auswertung einer Fokusgruppe

werden. Zentrale Elemente der Methode sind die Diskussion eines vorab festgesetzten Themas, ein Informationsinput zur Thematik sowie eine konstruktive Auseinandersetzung der Teilnehmenden untereinander als Ergebnis. Auch Fokusgruppen können im Rahmen eines Prozesses mehrfach einberufen werden.

Der Ablauf

Informationsphase

- Information der lokalen Entscheidungsträger in Politik und Verwaltung über Ziele und Methode eines Bürgerpanels oder von Fokusgruppen und Gewinnung ihrer Unterstützung
- Festlegung der Umfragethemen durch die Kommune, ggf. auf Basis von Vorschlägen aus der Bürgerschaft
- Bekanntmachung der Befragung in der Kommune (z. B. lokale Tageszeitung) und Gewinnung von teilnehmenden Bürgern. Ein Brief des Bürgermeisters an alle Haushalte und Öffentlichkeitsarbeit über das kommunale Internetportal und lokale Medien können förderlich sein

Durchführung

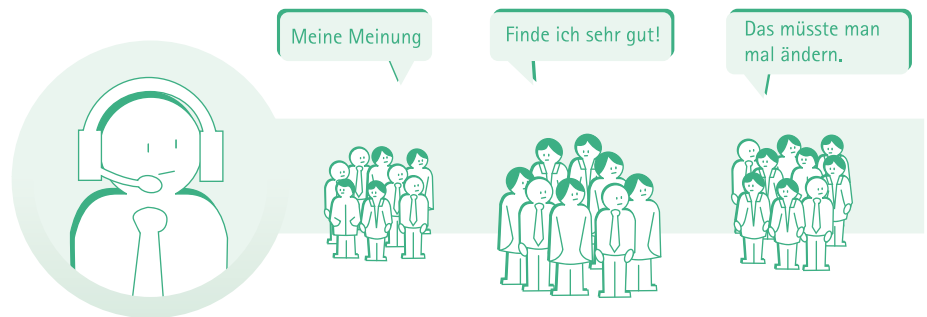
- Entwicklung des Fragebogens
- Teilnahmemöglichkeiten im Internet, schriftlich oder telefonisch ermöglichen
- Bildung des möglichst repräsentativen Befragungspanels (auf Basis des Melderegisters) bzw. Bestimmung des Teilnehmerkreises für Fokusgruppen. Repräsentativität der Befragungen und Offenheit für Teilnahme kann bei Panel erreicht werden, wenn zunächst eine offene Befragung als ein Angebot für alle interessierten Bürgerinnen und Bürger erfolgt. Über- und unterrepräsentierte Bevölkerungsgruppen können in einem nächsten Schritt reduziert bzw. gezielt gewonnen werden

Kommunikation der Ergebnisse

- Auswertung der Befragungsergebnisse
- Zeitnahe Kommunikation der Ergebnisse der Befragungen an die Beteiligten und an die Bürgerschaft sowie die politischen Entscheidungsträger und die Verwaltung
- Umsetzungsoptionen von Ergebnissen überlegen und bekannt machen, auch welche Ergebnisse aus welchen Gründen nicht umgesetzt werden konnten

Checkliste Fokusgruppen / Bürgerpanel

- Erfolgt eine repräsentative Auswahl der Teilnehmenden?
- Ist die Qualität der Befragungen durch eine unabhängige Begleitung gesichert?
- Werden individuellen Präferenzen für die Teilnahme an der Befragung berücksichtigt (persönlich, telefonisch, postalisch, online)?
- Werden die Befragungen durch geeignete Öffentlichkeitsarbeit begleitet?
- Soll mit den Befragungsergebnissen weiter gearbeitet werden? Welche Beteiligungsmethode kann der nächste Schritt sein?



Hier erfahren Sie mehr

Klages, H.; Daramus, C.; Masser, K. (2008): Bürgerbeteiligung durch lokale Bürgerpanels. Theorie und Praxis eines Instruments breitenwirksamer kommunaler Partizipation, Berlin: edition sigma.

Klages, H. & Masser, K. (2009): Bürgerbeteiligung - Schlagwort oder reale Perspektive? Das Bürgerpanel als Weg zu einem realistischen Konzept. Hrsg. Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Im Internet abrufbar:

www.kas.de/wf/de/33.15642

Embacher, S. & Lang, S. (2008): Lern- und Arbeitsbuch Bürgergesellschaft, Bonn: Verlag J.H.W. Dietz Nachf., S. 286 ff.

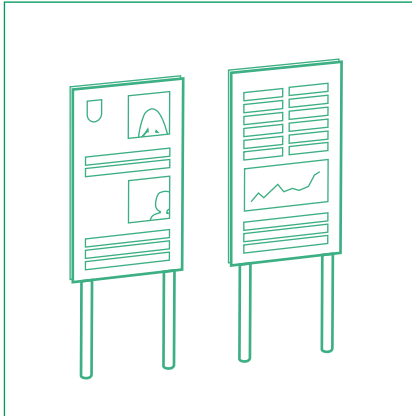
Klages, H.; Daramus, C.; Masser, K. (2006): Bürgerpanels als Instrument der Bürgerbeteiligung. In: Guggemos, P. / Thielen, A. (Hg.): Bürgermeister Handbuch. Professionelles Kommunal-Management, Kognos, Augsburg, 2006, S. 1-16.

Klages, H.; Daramus, C.; Masser, K. (2003): Das Bürgerpanel - eine repräsentative Methode der Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligung, in: Ley, A./ Weitz, L. (Hg.): Praxis Bürgerbeteiligung. Ein Methodenhandbuch, Bonn, S. 90-95.

Witte, E. H. (2003): Fokusgruppen. Unterlagen zum Seminar: Techniken zur Leistungsverbesserung aufgabenorientierter Kleingruppen. Universität Hamburg). Im Internet abrufbar:

www.uni-hamburg.de/fachbereiche-einrichtungen/fb16/absozpsy/Projekt-02.pdf

2.4 Bürgerausstellung



Viele Menschen haben Wichtiges zu sagen, wollen ihre Erfahrungen, Situationseinschätzungen und Sorgen, aber auch ihre Hoffnungen, Wünsche und Visionen sowie Lösungsvorschläge für Probleme mitteilen. Die „Bürgerausstellung“ gibt Menschen ein Forum, um genau das zu tun. Sie verbindet aktives Mitmachen und künstlerische Darstellung. Die vielen Erfahrungen, Ansichten und guten Ideen, die in der Bevölkerung einer Stadt oder Region vorhanden sind, werden so für ein größeres Publikum anschaulich und erlebbar. Dafür werden attraktive Fotos von Interviewpartnern zusammen mit Interview-Ausschnitten und weiteren Elementen auf Ausstellungstafeln montiert. Grundgedanke der Bürgerausstellung ist es, einen öffentlichen (und politischen) Dialog über das zu ermöglichen, was sonst nur im privaten Rahmen gesagt wird.

Ein Beispiel

Die Aktivitäten und Anliegen von Senioren des Ortes sollen bekannter werden. Ein Fotograf des Ortes kann angeregt werden, mit fünf Schülern eine ganze Reihe dieser Senioren zu besuchen und ihre Aktivitäten zu dokumentieren. Zur Eröffnung einer Fotoausstellung im Rathaus kommen alle Fotografierten und die jugendlichen Fotografen – und alle berichten, was sie bei der Entwicklung der Bürgerausstellung bewegt hat. Die Fotoschüler gründen eine Foto-AG, weitere Themen für Foto-Projekte werden mit den Besuchern aus dem Ort und der Umgebung überlegt. Neue Kontakte sind entstanden.

Zeitlicher Aufwand

1–3 Monate für Vorbereitung und Durchführung, abhängig vom Umfang

Der Ablauf

Vorbereitung

- Bestimmung des Themas bzw. Problemfeldes für die Bürgerausstellung
- Festlegung des Teams: Wer führt die Interviews und fotografiert die interviewten Personen? Wird eine „Laien“-Gruppe von Jugendlichen, Senioren oder auch anderen Personen gebildet, sollten geübte Moderatoren das Projekt koordinieren.
- Auswahl und Ansprache der Personen, die interviewt werden sollen

Interview- und Fotophase

- Durchführung der Interviews mit den verschiedenen Akteuren. Sie berichten in einer persönlichen Weise über ihre Haltung zum Thema, ihr Engagement, die Schwierigkeiten und Hoffnungen. Zugleich werden die Gesprächspartner fotografiert und bekommen die Möglichkeit, weitere Fotos zu ihrer Perspektive auszuwählen bzw. selbst beizusteuern ("Lieblingsorte" und "wichtige Orte").
- Erstellung der Portraits. Bilder und Textausschnitte der Interviews werden zu Exponaten kombiniert und bieten plastisch eine neue, lebendige Sichtweise. Eine Druckerei kann mit dem Druck der Exponate (als Poster oder auf feste Materialien) beauftragt werden.

Ausstellungsphase

Die Ausstellungseröffnung nimmt eine wichtige Rolle ein. Hier können alle beteiligten Interessengruppen und die interessierte Öffentlichkeit eingeladen werden und in die Diskussion zum Thema treten. Die Motivation der Beteiligten, zur Eröffnung zu kommen, ist hoch, da sie sich selbst in der Ausstellung sehen. Auf diese Weise hat die Bürgerausstellung nicht nur eine große Öffentlichkeitswirkung, sondern auch die Möglichkeit, den Dialog zwischen Bürgern und der Politik anzustoßen. Nach Ausstellungsende kann die Ausstellung durch mehrere Orte oder Einrichtungen in der

Kommune wandern. So wird die Diskussion über das Thema lebendig gehalten und schafft politische Zustimmung für Vorhaben oder Veränderungen. Weiterhin lassen sich die individuellen Geschichten auf Basis der Ausstellungsplakate nach Projektende auch für eine Broschüre bzw. einen Bildband und eine Webseite nutzen.



Checkliste Bürgerausstellung

- Wurde ein breites Spektrum an Personen befragt, um möglichst viele verschiedene Perspektiven und Meinungen zusammenzubringen?
- Haben die Interviewten bzw. Portraitierten den Postern, Zitaten und Fotos zugestimmt?
- Welcher Ausstellungsort ist geeignet ? (möglichst „vor Ort“)
- Wurde die Ausstellungseröffnung ausreichend vorbereitet (Rahmenprogramm, Begrüßungsworte, Zeit für Diskussion)?

Hier erfahren Sie mehr

Verschiedene Beispiele für Bürgerausstellungen:

www.partizipative-methoden.de, Link: Aktivierende Befragung und Bürgerausstellung

Dienel, H.-L. & Schophaus, M. (2003): Die Bürgerausstellung. In A. Ley, L. Weitz (Hg.): Praxis Bürgerbeteiligung. Ein Methodenhandbuch, 83-90. Bonn: Verlag Stiftung Mitarbeit.

Lüttringhaus, M. / Richers, H. (2003): Handbuch Aktivierende Befragung. Konzepte, Erfahrungen, Tipps für die Praxis. Bonn: Stiftung Mitarbeit.

Böhm, B. /Legewie, H. / Dienel, H.-L. (2008): Die Bürgerausstellung – eine Kombination sozialwissenschaftlicher, partizipativer und künstlerischer Elemente. Forum Qualitative Sozialforschung / Forum: Qualitative Social Research, Volume 9, Nr. 2, Art. 33.

2.5 Bürgergutachten / Planungszelle



Bei manchen Themen sind Konflikte vorprogrammiert: Die Interessen der Beteiligten scheinen unvereinbar, alte Fronten und Verhärtungen stehen einer Einigung entgegen, Einzelinteressen dominieren die Diskussion. Hier kann ein Bürgergutachten / eine Planungszelle helfen. Das Verfahren ist jedoch ebenso geeignet, gemeinsam mit den Bürgern Strategien zur Lösung von Zukunftsfragen zu entwickeln, beispielsweise zur Gestaltung des demografischen Wandels.

Beispiel

Im Rahmen der hessisch-sächsischen Demografie-Partnerschaft wurden im Jahr 2008 in den beiden Gemeinden Erlbach im Vogtlandkreis (Sachsen) und Battenberg im Kreis Waldeck/Frankenberg (Hessen) mit Hilfe von Bürgergutachten Auswirkungen des demografischen Wandels vor Ort diskutiert und auf die Bedürfnisse der Bürger zugeschnittene Lösungen erarbeitet. Nach dem Zufallsprinzip ausgewählte Einwohner der Orte haben intensiv zusammen gearbeitet und zahlreiche Vorschläge zur Verbesserung der Lebensqualität in den beiden Gemeinden entwickelt, um mit der stagnierenden Bevölkerung und den zukünftigen Entwicklungen produktiv umzugehen.

Das Verfahren

Eine Planungszelle besteht aus einer Gruppe von max. 25 zufällig ausgewählten Personen, die als Gutachter und Repräsentanten ihrer Bereiche von der Arbeit freigestellt werden und u. U. sogar eine Aufwandsentschädigung für ihre Mitwirkung erhalten. Unterstützt von Prozessbegleitern und Experten erarbeiten sie innerhalb von vier Tagen Lösungen zu vorhandenen Problemen.

Um auf eine gemeinsame Informationsbasis zu gelangen, erhalten die Teilnehmer Informationen durch Experten zu den relevanten Themen. Das Spannende: Selbst bei schärfsten Konflikten im Vorfeld nehmen die Teilnehmer in der Planungszelle bald schon eine neutrale, am Gemeinwohl orientierte Grundhaltung ein – sie wachsen in die Rolle des Bürgergutachters hinein und können oftmals viel bessere Ideen und tragfähigere Kompromisse entwickeln, als es vorher möglich schien. Planungszellen haben sich deshalb insbesondere bei konfliktträchtigen Vorhaben bewährt, z. B. bei der Innenstadtgestaltung, größeren Abriss- und Bauvorhaben, aber auch bei der Entwicklung von umfassenden Strategien.

Die Ergebnisse der Planungszelle werden in einem Bürgergutachten zusammengefasst. Auch wenn dieses Gutachten formal beratenden Charakter hat, ist seine Legitimität sehr groß, und es wird von der Politik in der Regel sehr ernst genommen.

Planungszellen müssen gut vorbereitet und begleitet werden; auch die Erstellung des Bürgergutachtens erfordert professionelle Erfahrung.

Der Ablauf

Vorbereitung:

Für eine Planungszelle werden ungefähr 25 nach einem Zufallsverfahren ausgewählte Bürger eingeladen. Sie sind für die Veranstaltungstage ggf. von ihren Alltags- und Berufspflichten freizustellen. Auch eine Vergütung ist üblich.

- Festlegung des Themas sowie der Problem- und Fragestellungen
- Einladung von Referenten
- Organisation der Veranstaltung

Durchführung

Die für ihre Urteilsbildung erforderlichen Informationen gewinnen die Teilnehmer der Planungszelle durch Anhörung von Fachleuten. In immer wieder wechselnden Kleingruppen zu rund fünf Personen tauschen sie sich nach der Expertenanhörung über Situationseinschätzungen, Problemdefinitionen und Problemlösungsstrategien aus.

Nachbereitung

Die Ergebnisse dieses Abwägungsprozesses werden in einem so genannten Bürgergutachten zusammengefasst und verantwortlichen Entscheidungsträgern in Politik, Verwaltung, Einrichtungen, Vereinen und Verbänden als Beratungsunterlage zur Verfügung gestellt. Zumeist entsteht durch die Arbeit in einer Planungszelle die Bereitschaft, sich auch anderweitig in den genannten Bereichen zu engagieren, sei es dauerhaft in Form einer Mitgliedschaft (z. B. in einem Beirat) oder hin und wieder zu einem bestimmten Thema.

Zeitlicher Aufwand

mindestens 3 Monate

Checkliste Bürgergutachten / Planungszelle

- Verfügen die Moderatoren über Kompetenzen im Bereich der Moderation wie auch der Gutachtenerstellung?
- Ist bei der im Land zuständigen Stelle geklärt, ob Teilnehmende für die Planungszelle Bildungsurlaub beantragen können?
- Wurden alle wichtigen Fachleute eingeladen, die für die Beurteilung des Themas wichtige Grundinformationen geben können?
- Ist die Informationsvermittlung für Laien verständlich? Ist genügend didaktisch aufbereitetes Informationsmaterial vorgesehen?
- Sind Ortsbesichtigungen sowie die Anhörung von Betroffenenengruppen, Verwaltungen, Organisationen, Bürgerinitiativen usw. sinnvoll und eingeplant?
- Ist sichergestellt, dass die Experten und Moderatoren keinen Einfluss auf die Diskussionen der Kleingruppen und auf die Bewertungsprozesse nehmen?
- Ist die Finanzierung für den Druck des Bürgergutachtens gesichert (alle Teilnehmenden erhalten ein Exemplar)? In welchem Rahmen kann es (feierlich) übergeben werden? Ist die Öffentlichkeitsarbeit entsprechend vorbereitet?

Hier erfahren Sie mehr

Bürgergutachten in Erlbach im Vogtland und Battenberg (Eder):

www.demografie.sachsen.de/download/buergergutachten.pdf

www.demografie.sachsen.de/download/projektideen_erlbach.pdf

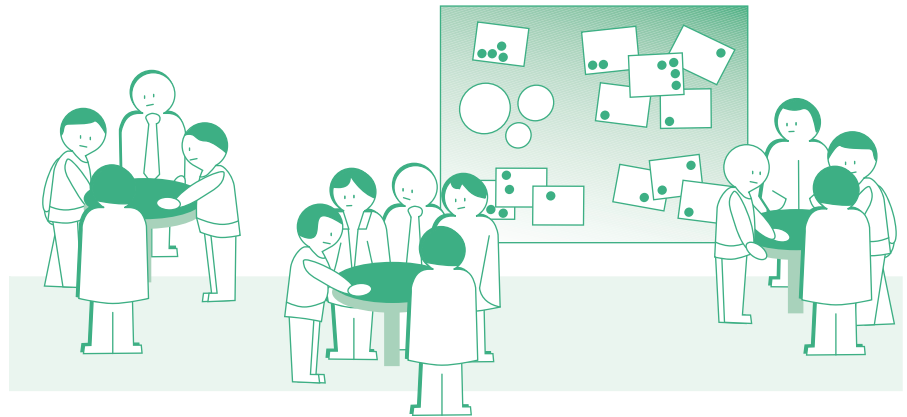
Dienel, P. C. (2002): Die Planungszelle. Eine Alternative zur Establishment-Demokratie. Wiesbaden, Westdeutscher Verlag. (Erstauflage 1978)

Dienel, P. C. (2009): Demokratisch, Praktisch, Gut. Merkmale, Wirkungen und Perspektiven von Planungszellen und Bürgergutachten. Bonn: Dietz Verlag.

Reinert, A. (1998): Mobilisierung der Kompetenz von Laien – Die Methode Planungszelle/Bürgergutachten. In: Apel, H./Dernbach, D./Ködelpeter, Th./Weinbrenner P. (Hg.): Wege zur Zukunftsfähigkeit – ein Methodenhandbuch, Stiftung MITARBEIT; Bonn, 1998. S. 115-126.

Übersicht von Links zum Thema Planungszelle und Bürgergutachten:

www.partizipative-methoden.de, Link: Planungszellen und Bürgergutachten / Links



2.6 Nachhaltige Strukturen



Ein tolles Zukunftsforum wurde durchgeführt und im Anschluss sogar die Finanzierung für ein Modellprojekt gefunden. Aber jetzt sind die Fördermittel ausgeschöpft – was nun? Hier kommt der oft gebrauchte Begriff der „Nachhaltigkeit“ ins Spiel: Alle Aktionen und Projekte tragen nur dann effektiv zum positiven Umgang mit dem demografischen Wandel bei, wenn sie langfristig aus eigener Kraft funktionieren. Wie kann es gelingen, aus Veranstaltungen und Projekten dauerhafte Strukturen zu entwickeln? Und welche Strukturen könnten das sein?

Netzwerke aufbauen und pflegen

Zentral ist die „freiwillige Selbstverpflichtung“ der Beteiligten. Netzwerkstrukturen haben sich vielfach als Arbeitsmodus auf allen Ebenen des politischen Handelns etabliert. In Netzwerken soll der Erfahrungsaustausch organisiert, ein gemeinsames Problem- und Lösungsbewusstsein geschaffen und gemeinsame ressortübergreifende Projekte und Aktivitäten verabredet werden. In Netzwerken – so die Hoffnung – entsteht unter den beteiligten Akteuren ein gemeinsames Bewusstsein über die Chancen des demografischen Wandels und eine Verbindlichkeit im gemeinsamen Handeln. Deshalb sollte Vernetzung auch ein wichtiges Kriterium bei der Vergabe von Fördermitteln sein.

Qualifizierungs- und Weiterbildungsangebote im Bereich des Engagements

Qualifizierung bezieht sich sowohl auf die engagierten Bürger als auch auf das Personal im Bereich kommunaler Verwaltung und Politik. Hierbei geht es sowohl darum, hauptamtliche Mitarbeiter auf die Zusammenarbeit mit freiwillig engagierten Bürgern vorzubereiten als auch darum, bürgerschaftlich Engagierte mit notwendigen tätigkeitsbezogenen Kompetenzen und Informationen für spezielle Engagementbereiche zu versorgen. Es ist sogar denkbar, eine eigene Freiwilligenagentur zu gründen oder Ehrenamtslotsen zu engagieren. Engagementlotsen kennen die Einsatzmöglichkeiten für freiwilliges Engagement in ihrer Region und können aktiv auf potenziell engagementbereite Bevölkerungsgruppen zugehen und die Vermittlungstätigkeit zwischen Angebot und Nachfrage als geschulte und verantwortliche Einzelpersonen übernehmen.

Kooperationen mit Unternehmen

Die Wirtschafts- und Unternehmensansiedlung ist für Kommunen sehr wichtig zur Schaffung von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen. Darüber wird auch die Anziehungskraft für (potenzielle) Arbeitnehmer, in der Stadt zu bleiben oder (zurück) zu kommen, gestärkt. Probleme der Wirtschaft führen zu Abwanderung, und Abwanderung erschwert das Gewinnen von Fachkräften. Also haben Stadt und Unternehmen bei der Bewältigung des demografischen Wandels ein gemeinsames Interesse.

Offenheit auf Seiten der Unternehmen kann durch Treffen gefördert werden, bei denen die Unternehmensvertreter ihre Sachkompetenz einbringen können und an der Entscheidung und Umsetzung von Aktivitäten und Projekten beteiligt sind. Unternehmen haben ein Interesse an der Mitwirkung bei Fragen der Stadtentwicklung, um „ihren“ Standort auch überregional zu repräsentieren, Jugend und potenzielle Fachkräfte für Wirtschaft zu begeistern und zu bilden,

den Standort für neue Unternehmensansiedlungen zu verbessern oder auch einfach aus Verantwortung und Verbundenheit zur Stadt.

Bürgerverein und Bürgerstiftung

Eine Bürgerstiftung ist eine Stiftung, die in der Regel von mehreren Stiftern gegründet wird und auf Spenden und Zustiftungen ausgerichtet ist. Das Ziel einer Bürgerstiftung ist es, einer größeren Zahl von Bürgern, der Kommune sowie Unternehmen zu ermöglichen, ihre spezifischen Beiträge zum Gemeinwohl unter einem gemeinsamen Dach zu verfolgen. Dementsprechend breit ist ihr Stiftungszweck. Eine Bürgerstiftung ist eine selbstständige und unabhängige Institution zur Förderung verschiedener gemeinnütziger Zwecke, wirkt in einem geografisch begrenzten Raum und betreibt einen langfristigen Vermögensaufbau. Von den meisten anderen Stiftungen unterscheidet sie sich dadurch, dass sie ihre Organisationsstruktur, ihre Mittelvergabe und Rechnungslegung transparent macht. Der langfristige Aufbau des Stiftungsvermögens durch Zustiftungen sichert die finanzielle Unabhängigkeit einer Bürgerstiftung und gewährleistet die Kontinuität der Stiftungsarbeit.

Bürgerstiftungen bieten aber nicht nur die Möglichkeit, Vermögenswerte einzubringen, sondern sind auch eine zivilgesellschaftliche Plattform.

Die Gründung einer Bürgerstiftung setzt das Vorhandensein einer größeren Summe Stiftungskapital voraus. Dies ist insbesondere in kleineren und strukturschwächeren Kommunen oft nicht vorhanden. Hier kann überlegt werden, inwieweit eine Bürgerstiftung mit umliegenden Kommunen gemeinsam oder auf Landkreisebene umgesetzt werden kann. Als Einstieg in die Stiftungsgründung empfiehlt sich oftmals, zunächst einen Bürgerverein zu gründen.

Checkliste zur Schaffung nachhaltiger Strukturen

- ❑ Wie motiviert sind die Verwaltungsbeschäftigten, in ihrer eigenen Arbeit Vernetzung und bürgerschaftliches Engagement zu fördern?
- ❑ Haben die Verwaltungsbeschäftigten Fortbildungen besucht und sind sie qualifiziert für Moderation, Prozessbegleitung und Engagementförderung?
- ❑ Sucht die Verwaltung aktiv nach Kooperationsbündnissen mit Bürgern? Mit Vereinen und Verbänden? Mit Unternehmen?
- ❑ Bestehen bereits gut funktionierende Kooperationen mit Bürgern, Vereinen und Verbänden, mit Unternehmen?
- ❑ Gibt es für Verwaltungsmitglieder Möglichkeiten, Weiterbildungsangebote wahrzunehmen, die einen Fokus auf freiwilliges Engagement richten oder die sich mit Vernetzungsstrategien befassen?
- ❑ Wie intensiv bemüht sich die Verwaltung, Zielgruppen wie Jugendliche, Senioren, Migranten oder Menschen mit Behinderung für bürgerschaftliches Engagement zu aktivieren?
- ❑ Welche Formen der Anerkennung für bürgerschaftliches Engagement gibt es in der Kommune (z. B. Auszeichnungen, Vergünstigungen, offizielle Nachweise, Direktkontakte in Leitungsebenen)?
- ❑ Gibt es einen Austausch mit anderen Kommunen zu den Themen bürgerschaftliches Engagement oder intersektorale Kooperation?
- ❑ Stellt die Stadtverwaltung Infrastruktur (Räume, Technik etc.) für bürgerschaftliche Aktivitäten zur Verfügung?

Hier erfahren Sie mehr

Allgemein:

Aus einem Projekt des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement ging ein umfangreicher Leitfaden zum Thema Partizipative Kommune hervor, der im Netz komplett verfügbar ist:

www.partizipative-kommune.de

Die Webseite der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen (bagfa) bietet auch Zugang zu den Adressen aller (fast 300) Freiwilligenagenturen in Deutschland, die bei der Gründung einer neuen Freiwilligenagentur oder der Qualifizierung eines Engagementlotsen behilflich sein können.

www.bagfa.de

Über Engagementlotsen in Hessen finden sich Informationen unter:

www.gemeinsam-aktiv.de (Link: Engagementlotsen)

Bürgerstiftungen:

Die Initiative Bürgerstiftungen ist die unabhängige und zentrale Anlaufstelle für Bürgerstiftungen und Initiativen zu deren Gründung in Deutschland.

www.die-deutschen-buergerstiftungen.de

Info-Portal für Bürgerstiftungen und Gründungsinitiativen, verwaltet von Aktive Bürgerschaft e. V., Kompetenzzentrum für Bürgerengagement der Volksbanken und Raiffeisenbanken.

www.aktive-buergerschaft.de

Info-Portal der Bertelsmann Stiftung mit dem Ziel, Gründungen von Bürgerstiftungen zu fördern und das Konzept der Bürgerstiftung weiter in die Öffentlichkeit zu tragen.

www.buergerstiftungen.de



Nützliche Informationen



NÜTZLICHE INFORMATIONEN

1. Demografie

- Literatur

Sächsischer Landtag (Hg.) (2008): Demografische Entwicklung und ihre Auswirkungen auf die Lebensbereiche der Menschen im Freistaat Sachsen sowie ihre Folgen für die politischen Handlungsfelder. Bericht der Enquete-Kommission. Dresden.

www.landtag.sachsen.de/dokumente/20080930-Bericht-Enquetekommission.pdf

Expertenkommission „Demografischer Wandel Sachsen“ (2006): Empfehlungen zur Bewältigung des demografischen Wandels im Freistaat Sachsen. Dresden.

www.demografie.sachsen.de/download/demografiegipfel2_expertenbericht.pdf

Bertelsmann Stiftung (Hg.) (2006): Wegweiser Demographischer Wandel 2020 – Analysen und Handlungskonzepte für Städte und Gemeinden. Gütersloh.

www.wegweiser-kommune.de/themenkonzepte/demographie/download/pdf/Wegweiser_Demogr_Wandel.pdf

Dienel, C. (Hg.) (2005): Abwanderung, Geburtenrückgang und regionale Entwicklung. Ursachen und Folgen des Bevölkerungsrückgangs in Ostdeutschland. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Zusammenstellung von Forschungsergebnissen zum Thema zur Bevölkerungsentwicklung in Ostdeutschland nach der Wende mit Anknüpfungspunkten für die politische Gestaltung.

- Internetlinks

www.demografie.sachsen.de

Das Internetportal der Sächsischen Staatsregierung zum Thema Demografischer Wandel informiert u. a. über Veranstaltungen, Förderprogramme und Projekte im Freistaat Sachsen.

www.statistik.sachsen.de

Landesamt für Statistik des Freistaats Sachsen u. a. mit Bevölkerungsdaten für die Gemeinden und Landkreise und mit der aktuellen regionalisierten Bevölkerungsprognose.

www.zukunft-oberlausitz-niederschlesien.de

Die Internetplattform der Modellregion Oberlausitz-Niederschlesien bietet einen Überblick über die Aktivitäten sowie u. a. eine Projektbibliothek mit nachahmenswerten Projekten, aktuellen Hinweisen und Ansprechpartnern.

www.region-schafft-zukunft.de

Internetauftritt des Modellvorhabens „Demografischer Wandel - Region schafft Zukunft“.

www.berlin-institut.org/online-handbuchdemografie.html

Das Online-Handbuch Demografie informiert über Grundbegriffe von Bevölkerungswissenschaft und Bevölkerungsgeografie, Entwicklung der Bevölkerung sowie Ursachen und Konsequenzen demografischer Entwicklungen.

www.wegweiser-kommune.de

Auf diesem Internetportal der Bertelsmann Stiftung sind Handlungskonzepte, Prognosedaten und gute Praxisbeispiele zum Umgang mit den Folgen des demografischen Wandels zusammengestellt.

www.demographie-online.de

Internetauftritt der Deutschen Gesellschaft für Demographie e. V. (DGD). Die DGD widmet sich der wissenschaftlichen Erörterung von Fragen der theoretischen und praktischen Demografie. Sie ist eine politisch unabhängige Vereinigung von Wissenschaftlern sowie wissenschaftlich interessierten oder tätigen Personen und Institutionen, die auf dem Gebiet der Demografie oder in angrenzenden Disziplinen tätig sind.

www.rostockerzentrum.de

Das Rostocker Zentrum zur Erforschung des demografischen Wandels ist eine Kooperation der Universität Rostock mit dem Max-Planck-Institut für demografische Forschung. Es erforscht die Ursachen und Konsequenzen des demografischen Wandels in Deutschland und Europa. Forschungsergebnisse werden praxisorientiert Entscheidungsträgern und der breiten Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt, um sie bei der Bewertung politischer und gesellschaftlicher Handlungsoptionen wissenschaftlich zu unterstützen.

www.bib-demografie.de

Das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB) forscht, informiert und berät zu Bevölkerungsthemen.

www.bielefeld.de/de/rv/ds_stadtverwaltung/demo

Demografiepolitik auf kommunaler Ebene, Projektinformationen und viele nützliche Publikationstipps und Links auf den Demografieseiten der Stadt Bielefeld und ihrer Demografie-Beauftragten.

www.tu-dresden.de/die_tu_dresden/zentrale_einrichtungen/zdw

Das Zentrum Demographischer Wandel (ZDW) an der TU Dresden stellt auf seinen Internetseiten Forschungsergebnisse, Publikationen, Veranstaltungshinweise und nützliche Links zusammen.

www.raumbeobachtung.de

Das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (bbsr) stellt unter dieser Adresse Informationen, interaktive Karten und Regionalprofile zu zahlreichen Indikatoren der Bevölkerungs- und Raumentwicklung zur Verfügung.

www.demographiekonkret.de

Auf diesen Seiten stellt die Bertelsmann Stiftung kommunale Praxisbeispiele von Projekten und Konzepten vor, mit denen vielfältige Problemlagen erfolgreich angepackt wurden. Die Sammlung wird kontinuierlich erweitert. Zur Einreichung eigener Projekte wird aufgefordert.

- Ansprechpartner

Sächsische Staatskanzlei, Referat 35
Strategische Planung, Demografie, Demoskopie
Archivstr. 1
01097 Dresden
E-Mail: demografie@sk.sachsen.de

Bertelsmann Stiftung, Bereich Demografischer Wandel, Andreas Esche, Tel.: 05241 / 818 13 33

Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt), www.kgst.de
Link: Themendächer/Demografischer Wandel, Dr. Alfred Reichwein, Tel.: 0221 / 376 89 44

2. Familienfreundlichkeit und Generationen

- Literatur

Köhler, W.; Heidler, I.; Dienel, H.-L.; Jain, A.; Lüneberg, D. (2006): Leitfaden für die Entwicklung familienfreundlicher Kommunen. Hg. vom Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr des Landes Sachsen-Anhalt.

www.prolandleben.de

Der Leitfaden will Kommunen aufzeigen, wie sie sich familienfreundlich umgestalten können. Darüber hinaus werden Hilfestellungen in Form von Ideen und Maßnahmen gegeben, um ein mittel- bis langfristiges kommunales Leitbild zu entwickeln. Elementarer Bestandteil ist der „Kommunen Check“ mit Fokus auf die Familienfreundlichkeit, der es Städten und Gemeinden erleichtert, Stärken und Schwächen auszumachen, um daraus schlussfolgernd zukünftige Handlungen darauf auszurichten.

Servicebüro Lokale Bündnisse für Familie (Hg.) (2004): Arbeitsbuch zum Aufbau eines Lokalen Bündnisses.

www.lokales-buendnis-fuer-familie.de/pdf/Leitfaden.pdf

Das Arbeitsbuch bietet Anregungen und Arbeitshilfen zum Aufbau und zur Weiterentwicklung lokaler Bündnisse.

FamilienForschung Baden-Württemberg (2010): Handreichung Familienfreundliche Kommune. Stuttgart. Anforderung als Printbroschüre, PDF oder Word-Dokument bei der FamilienForschung Baden-Württemberg: fafo-bw@stala.bwl.de

Arbeitshilfe, mit der sich eine strukturierte Bestandsaufnahme zur Familienfreundlichkeit vor Ort in der Kommune durchführen lässt. Die Handreichung ist als Checkliste für den internen Gebrauch in der Kommunalverwaltung gedacht und deckt neun Handlungsfelder ab.

Schmidt, N. (2006): Handbuch Kommunale Familienpolitik. VSTP-Eigenverlag des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e. V. Berlin.

Das Handbuch enthält Grundfragen der Familiensoziologie und Familienpolitik, Instrumente zur Gestaltung kommunaler Familienpolitik, Erfahrungsberichte, Finanzierungsfragen sowie Adressen und Links.

Bertelsmann Stiftung (Hg.) (2010): Demographie konkret - Kommunale Familienpolitik neu gestalten. Gütersloh.

Kommunale Akteure aus Politik und Verwaltung finden in diesem Band Anregungen für die Gestaltung einer kinder- und familienfreundlichen Kommune.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.) (2008): Leben und Wohnen für alle Lebensalter – bedarfsgerecht – barrierefrei – selbstbestimmt. Praxisbeispiele und Handlungsempfehlungen. Berlin.

www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Broschuerenstelle/Pdf-Anlagen/leben-und-wohnen-fuer-alle-lebensalter

Dieser Leitfaden stellt kommunale Handlungsmöglichkeiten bei der Gestaltung altengerechter Wohnbedingungen dar. Erfolgreiche Praxisbeispiele aus dem ganzen Bundesgebiet werden vorgestellt.

Bertelsmann Stiftung (Hg.) (2010): Initiieren – Planen – Umsetzen. Handbuch kommunale Seniorenpolitik. Gütersloh.

Das Handbuch vermittelt Kenntnisse über die Veränderungen der Seniorenpolitik innerhalb der Kommune durch den demografischen Wandel, bietet Hilfestellungen bei der Vorgehensweise, der Planung und dem Prozess und stellt Praxisbeispiele vor.

- Internetlinks

www.lokale-buendnisse-fuer-familie.de

Der Internetauftritt der Initiative „Lokale Bündnisse für Familie“ bietet umfassende Informationen zum Thema Familienfreundlichkeit, Beispiele von Bündnissen und ihren Aktivitäten sowie Arbeitshilfen zur Entwicklung von lokalen Bündnissen. Lokale Bündnisse sind freiwillige Zusammenschlüsse von Vertreterinnen und Vertretern aus vielen gesellschaftlichen Gruppen zur Entwicklung und Umsetzung konkreter Maßnahmen für ein familienfreundliches Lebensumfeld.

www.familienfreundliche-kommune.de

Das Internetportal bündelt aktuelle Fachinformationen und Daten zum Thema kommunale Familienpolitik. Das Portal bietet u. a. eine Datenbank mit innovativen Praxisbeispielen aus Baden-Württemberg.

www.generationendialog.de

Das Internetportal des Projektbüros „Dialog der Generationen“ bündelt Informationen, Materialien und Projekte zum Thema. Das Projektbüro dient als Plattform zum Austausch und zur Vernetzung generationsübergreifender Projekte.

www.sozialplanung-senioren.de

Auf dieser Internetseite befindet sich ein Instrumentarium zur Ermittlung, Bewertung und sachgerechten Nutzung kommunaler Kennzahlen und Indikatoren als Online-Tool. Es unterstützt kommunal Verantwortliche bei der Erstellung einer Planungsgrundlage für eine zukunftsorientierte Seniorenpolitik speziell in kleinen und mittleren Kommunen.

- Ansprechpartner

Projektbüro „Dialog der Generationen“, dialog-der-generationen@pfefferwerk.de,
Tel.: 030 / 44 38 34 75, www.generationendialog.de

Servicebüro Lokale Bündnisse für Familie, servicebuero@lokale-buendnisse-fuer-familie.de,
Tel.: 0180 / 100 52 52, www.lokale-buendnisse-fuer-familie.de

3. Strategieentwicklung und Umsetzung

- Literatur

Bertelsmann Stiftung (Hg.) (2010): Mehr Strategie wagen - Strategie-Kompass für politische Reformprozesse, Gütersloh.

Das Handbuch soll Praktiker aus Politik und Verwaltung bei der Analyse und bei der Strukturierung von Reformprozessen unterstützen. Hierfür wurden wissenschaftliche Erkenntnisse praxisorientiert aufbereitet und Beispiele dargestellt.

Bertelsmann Stiftung (Hg.) (2010): Organisierte Dialoge als Strategie. Zukunft Regieren – Beiträge für eine gestaltungsfähige Politik 9/2010, Gütersloh.

www.bertelsmann-stiftung.de (abrufbar unter Publikationen)

Die Studie zeigt auf, wie Beteiligungsverfahren zu gestalten sind, um die Potenziale von Dialog und Bürgerbeteiligung zu entfalten. Sie gibt Anregungen, wie die Akzeptanz politischer Strategien und die Qualität politischer Ergebnisse gesteigert werden können.

Verbandszeitschrift des VHW Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V. (2007): Den demografischen Wandel gestalten! Heft 3 / 2007.

www.vhw.de/publikationen/verbandszeitschrift/archiv/2007/heft-3

Praxisnahe Artikel zum konkreten Umgang mit dem demografischen Wandel, insbesondere im Themenfeld Wohnen.

Bertelsmann Stiftung (Hg.) (2008): Kommunen schaffen Zukunft. Grundsätze und Strategien für eine zeitgemäße Kommunalpolitik, Gütersloh.

www.bertelsmann-stiftung.de (abrufbar unter Publikationen)

Die Broschüre möchte die politische Entscheidungsfindung der Kommunen in den verschiedensten Handlungsfeldern, die den Lebensalltag der Menschen prägen, unterstützen. Die Blockaden der aktuellen kommunalpolitischen Handlungsweisen sollen erkannt werden, um so Möglichkeiten zu finden, die Rahmenbedingungen zu optimieren, damit die kommunale Handlungsfähigkeit gestärkt werden kann.

Tatje, S. (2008): Weichen für die Zukunft – Demographische Planung in der Stadt.
In: Demografischer Wandel als Chance. VSA-Verlag.

Tatje, S. (o. J.): Demographischer Wandel als Chance? Das Bielefelder Konzept.
In: Zukunft Stadt – Demographischer Wandel in Bielefeld. Heft 3.

www.bielefeld.de/ftp/dokumente/TatjeZukunftStadt_III.pdf

In den Veröffentlichungen berichtet die Projektbeauftragte für die demografische Entwicklungsplanung in der Stadtverwaltung Bielefeld von den Aktivitäten zur Gestaltung der Auswirkungen des demografischen Wandels in Bielefeld.

- Internetlinks

www.best-age-conference.com

Die Best-Age-Demografie-Konferenzen finden jährlich in Berlin statt und bieten ein umfangreiches Programm an Vorträgen und Workshops zum strategischen Umgang mit dem demografischen Wandel an. Sie richten sich vor allem an Entscheider aus Landesverwaltung und Kommunen.

www.difu.de

Das Deutsche Institut für Urbanistik ist ein Anbieter strategischer Forschungs- und Fortbildungsmöglichkeiten für kommunale Verantwortungsträger. Es arbeitet zu allen mit der Bewältigung des demografischen Wandels verbundenen strategischen Aufgaben und veranstaltet regelmäßig Tagungen zu dem Thema.

www.netzwerk.nrw.de

Das Städtenetzwerk NRW ist ein freiwilliger Zusammenschluss von Kommunen, die sich gemeinsam strategisch mit den Herausforderungen des demografischen Wandels auseinandersetzen, insbesondere mit der Aufgabe der Bereitstellung einer leistungsfähigen sozialen und Versorgungs-Infrastruktur angesichts der alternden Bevölkerung.

www.transfer21.de

Webseite zur strategischen Entwicklung einer kommunalen Nachhaltigkeitsstrategie am Beispiel der Stadt Ingolstadt.

- **Ansprechpartner**

komet-empirica Institut, Dr. Hardo Kendschek, Tel.: 0341 / 960 08 20, komet-empirica begleitet Strategie- und Veränderungsprozesse in Stadt- und Regionalentwicklungsprojekten, auch in Sachsen.

Susanne Tatje, Projektbeauftragte Demografische Entwicklungsplanung in der Stadtverwaltung Bielefeld, Tel.: 0521 / 51 33 06

4. Werkzeuge

- Literatur

BearingPoint (2003): Leitfaden zur Bildung von Kooperationen im Rahmen von Infrastrukturprojekten. Frankfurt/Main.

www.umsicht.fhg.de/geschaeftsfelder/geschaeftsfeld/downloads/1182162411.pdf

Dieser Leitfaden bietet eine strukturierte Vorgehensweise bei der Bildung von Kooperationen. Der Leitfaden wurde für Unternehmenskooperationen verfasst, beschreibt aber grundlegende Bestandteile und Erfolgsfaktoren für Kooperationsprojekte.

Dienel, H.-L.; Reim; D.; Schmithals, J.; Oik, T. (2009): Stärkung der kommunalen Infrastruktur durch Kooperation von Bürgerinnen und Bürgern, Verwaltung und Unternehmen. Verlagsbeilage „Stadt und Gemeinde Interaktiv“, Ausgabe 3/2009. Dokumentation Nr. 88 des Deutschen Städte- und Gemeindebundes. Verlag Winkler & Stentzel, Burgwedel. Kostenloser Download der ersten Leitfaden-Version:

www.partizipative-kommune.de

Zusammenstellung von Empfehlungen zur Weiterentwicklung verschiedener Handlungsfelder in Kommunen, Erfolgsfaktoren in Bezug auf die intersektorale Kooperation und Vernetzung von Verwaltung / Politik, Wirtschaft und Dritter Sektor sowie Aktivierung bürgerschaftlichen Engagements.

- Internetlinks

www.netzwerk-kompetenz.de

Virtuelles Netzwerkkompendium, in dem Theorie und Praxis der Zusammenarbeit in Netzwerken dargestellt werden – basierend auf den Ergebnissen der wissenschaftlichen Begleitforschung von regionalen Netzwerken.

www.buergergesellschaft.de

Das Internetportal informiert über Möglichkeiten des bürgerschaftlichen Engagements und politischer Teilhabe und stellt diverse Praxishilfen und Datenbanken zur Verfügung.

www.mitarbeit.de/pub_arbeitshilfen.html

Die Stiftung Mitarbeit empfiehlt unter dem Link Publikationen Arbeitshilfen für Selbsthilfe- und Bürgerinitiativen.

- Ansprechpartner

Stiftung Mitarbeit, Eva-Maria Antz, Tel.: 0228 / 604 24 16, antz@mitarbeit.de

Über Hinweise, Ergänzungen und besonders über Berichte zu gelungenen Demografie-Projekten freuen wir uns sehr. Bitte senden Sie Ihre schriftlichen Anmerkungen an die folgende E-Mail-Adresse:

demografie@sk.sachsen.de

oder

Sächsische Staatskanzlei, Referat 35
Strategische Planung, Demografie, Demoskopie
Archivstr. 1
01097 Dresden

Dieses Handbuch wird jährlich aktualisiert.

Hinweis: Zur besseren Lesbarkeit haben wir in diesem Handbuch auf Doppelformen wie „Bürgerinnen und Bürger“ verzichtet. Selbstverständlich sind Frauen und Männer überall in gleicher Weise angesprochen.

Impressum

Herausgeber:

Freistaat Sachsen
Sächsische Staatskanzlei
Referat 35
Archivstraße 1 | 01097 Dresden
Tel. 0351 / 564 0 | Fax 0351 / 564 1025
demografie@sk.sachsen.de
www.sk.sachsen.de

Redaktionelle Bearbeitung:

nexus
Institut für Kooperationsmanagement und
interdisziplinäre Forschung GmbH, Berlin

Prof. Dr. Christiane Dienel, wissenschaftliche Gesamtleitung
Dr. Christine von Blanckenburg, Daphne Reim (Kapitel C und D)
Holger Jansen, Kerstin Franzl (Kapitel B)

Sächsische Staatskanzlei, Ref. 35

Grafik und Gestaltung:

toolboxx-design GbR, René Schwarze, Georg Frenzel, Magdeburg
toolboxx Werbe- und Designservice Thomas Köller, Magdeburg

Bild- und Grafiknachweise:

lintje, Gordon Adler, alle Bilder, soweit nicht anders angegeben
Patricia Heck, „!Ausdrucksstark“, S. 47-52
Pit Theiss Photography, S. 56 unten
MTV 03 Unterrieden, S. 53-56
Gemeinde Erlbach, S. 38 unten
obART, Kulturinitiative Kirschau, S. 44-46, S. 57

Druck:

Meiling-Druck, Haldensleben

Auflage:

2.000 Exemplare

Bezug:

Zentraler Broschürenversand der Sächsischen Staatsregierung
Hammerweg 30
01127 Dresden
Tel.: 0351 / 210 36 71
Fax: 0351 / 210 36 81
publikationen@sachsen.de
www.publikationen.sachsen.de

Die redaktionelle Arbeit wurde im November 2010 abgeschlossen.